

# Geschäftsbericht

2014

**K|ZVK.**  
*Gut aufgehoben.*



**Kirchliche Zusatzversorgungskasse  
Rheinland-Westfalen**

Anstalt des öffentlichen Rechts

Schwanenwall 11  
44135 Dortmund

Postfach 10 22 41  
44022 Dortmund

Telefon: 0231 9578 - 0  
Telefax: 0231 9578 - 404

[info@kzv-k-dortmund.de](mailto:info@kzv-k-dortmund.de)  
[www.kzv-k-dortmund.de](http://www.kzv-k-dortmund.de)



## Inhaltsverzeichnis

<b>Rechtliche Grundlagen</b>	<b>5</b>
Rechtsverhältnisse und Aufgaben	6
Änderung der Satzung	7
Beteiligte Kirchen	8
<b>Das Geschäftsjahr 2014 auf einen Blick</b>	<b>9</b>
Vorwort des Vorstandes	10
Vorwort des Verwaltungsrates	12
<b>Lagebericht</b>	<b>15</b>
Versicherungsgeschäft	16
Nachhaltigkeit	22
Gesamtwirtschaftliche Entwicklung	25
Vermögens-, Finanz- und Ertragslage	27
Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter	30
Risiken der künftigen Entwicklung	31
Chancen der künftigen Entwicklung	42
Prognosebericht	43
<b>Jahresabschluss</b>	<b>47</b>
Bilanz zum 31. Dezember 2014	48
Gutachterliche Bestätigung des Verantwortlichen Aktuars	50
Gewinn- und Verlustrechnung	51
<b>Anhang</b>	<b>53</b>
Allgemeine Angaben und Erläuterungen zum Jahresabschluss	54
Erläuterungen zur Bilanz	58
Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung	66
Organe	68
Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers	71



## Rechtliche Grundlagen

Rechtsverhältnisse und Aufgaben  
Änderung der Satzung  
Beteiligte Kirchen

### Rechtsverhältnisse und Aufgaben

Die Kirchliche Zusatzversorgungskasse Rheinland-Westfalen wurde am 1. Januar 1955 durch Kirchengesetz der Evangelischen Kirche von Westfalen vom 29. Oktober 1954 und durch Notverordnung der Evangelischen Kirche im Rheinland vom 10. Dezember 1954 gegründet. Der Errichtung der Kirchlichen Zusatzversorgungskasse Rheinland-Westfalen hat der Kultusminister des Landes Nordrhein-Westfalen mit Erlass vom 27. Januar 1955 zugestimmt.

Der Landtag von Nordrhein-Westfalen hat mit Gesetz vom 14. Juli 1964 (GV. NW. 1964, S. 257) der Kirchlichen Zusatzversorgungskasse Rheinland-Westfalen die Rechte einer Anstalt des öffentlichen Rechts verliehen. Sitz der Kasse ist Dortmund.

Die Kasse unterliegt der Aufsicht der Leitungen der Evangelischen Kirche im Rheinland und der Evangelischen Kirche von Westfalen. Die Staatskanzlei des Landes Nordrhein-Westfalen führt die allgemeine staatliche Aufsicht. Von der Aufsicht nach dem Versicherungsaufsichtsgesetz ist die Kasse freigestellt (BGBl. 1988 I S. 529).

Aufgabe der Kasse ist es, den privatrechtlich beschäftigten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der bei ihr beteiligten kirchlichen und diakonischen Arbeitgeber eine betriebliche Zusatzversorgung im Alter, bei Erwerbsminderung und für die Hinterbliebenen zu gewähren. Diese Versorgung erfolgt für alle Mitarbeitenden zunächst in Form einer Pflichtversicherung. Darüber hinaus bestehen unterschiedliche Möglichkeiten, eine freiwillige Zusatzrente anzusparen. Der Status einer Pensionskasse bietet dafür neben dem geringen Verwaltungsaufwand alle derzeit hier gültigen steuerlichen Vorteile.

Die Kasse ist Mitglied der Arbeitsgemeinschaft kommunale und kirchliche Altersversorgung (AKA) e. V. Sie arbeitet darüber hinaus in Arbeitskreisen mit den im Bundesgebiet tätigen kirchlichen Zusatzversorgungskassen sowie den Zusatzversorgungskassen Hessen-Südwest eng zusammen.

Die Satzung der Kasse vom 26. April 2002 ist nach dem Systemwechsel in der Zusatzversorgung zum 1. Januar 2002 in einer grundlegend neuen Fassung in Kraft getreten. Seit diesem Zeitpunkt wird das Vermögen der Kasse in den getrennten Abrechnungsverbänden S (Altvermögen und Pflichtversicherung bis zum 31. Dezember 2001), P (Neue Pflichtversicherung ab 1. Januar 2002) und F (Freiwillige Versicherung ab 1. Januar 2002) geführt. Die aktuelle Fassung liegt mit der 14. Änderung vom September 2014 vor. Sie entspricht im Versicherungs- und Leistungsrecht im Wesentlichen der Mustersatzung der Arbeitsgemeinschaft kommunale und kirchliche Altersversorgung. Die AKA-Mustersatzung übernimmt das jeweilige Versorgungstarifrecht des öffentlichen Dienstes.

## Änderung der Satzung

Mit der 14. Änderung der Satzung wurden die Verfahrensvorschriften der Kasse gestrafft. Nach der bisherigen Regelung konnte der Beteiligte gegen die Entscheidung des Vorstandes innerhalb eines Monats Widerspruch einlegen, der vom Verwaltungsrat zu bescheiden war. Danach hatte dieser einen weiteren Monat Zeit, die Leistung zu bewirken. Kam er dieser Verpflichtung nicht nach, so konnte die Kasse erst nach Ablauf der Frist Klage erheben. Bereits in der alten Fassung der Satzung war durch die Bestimmung des Rechtsweges zu den ordentlichen Gerichten für Klagen der Beteiligten gegen die Kasse und umgekehrt eindeutig die ausschließliche Anwendbarkeit des Zivilrechts auf das Verhältnis Kasse zu den Beteiligten festgelegt. Im Zivilrecht ist ein vorgeschaltetes Rechtsbehelfsverfahren nicht vorgesehen. Mit der neuen Satzungsregelung des § 48 b wird auf Klagefristen, die der Beteiligte zu beachten hätte, zur Gänze verzichtet.

Weiterhin wurde für die Erhebung von Sanierungsgeld auch eine monatliche Zahlungsweise ermöglicht. Die Verteilung auf zwölf monatlich zu zahlende Teilbeträge soll zu einer gleichmäßigeren Belastung und verbesserten Planbarkeit für die Beteiligten führen.

# Beteiligte Kirchen

## Das Zuständigkeitsgebiet der KZVK Rheinland-Westfalen



Evangelische Kirche im Rheinland  
Evangelische Kirche von Westfalen  
Lippische Landeskirche  
Evangelische Landeskirche Anhalts

Evangelische Kirche Berlin-Brandenburg/Schlesische  
Oberlausitz  
Evangelische Kirche der Kirchenprovinz Sachsen  
Evangelische-Lutherische Kirche in Norddeutschland (Nord-  
kirche)

## Auf einen Blick

		2014	2013
<b>Versicherungsgeschäft</b>			
Beteiligte	Anzahl	3.447	3.463
Pflichtversicherte	Anzahl	199.415	196.579
Beitragsfrei Versicherte	Anzahl	297.396	284.725
Freiwillige Versicherungen	Anzahl	22.682	22.231
Beiträge und satzungsgemäße Erträge	T€	395.409	371.484
Betriebsrenten	Anzahl	69.251	66.559
Aufwendungen für Versicherungsfälle	T€	264.416	256.548

<b>Vermögensentwicklung</b>			
Kapitalanlagen	T€	6.248.392	5.836.052
Ergebnis aus Kapitalanlagen	T€	321.574	305.208
Nettoverzinsung	in %	5,32	5,42
laufende Durchschnittsverzinsung	in %	4,91	5,15

<b>Deckungsrückstellung und Eigenkapital</b>			
Deckungsrückstellung	T€	7.704.900	7.372.094
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	T€	1.151.626	1.265.850
Jahresüberschuss	T€	114.878	93.960

## Vorwort des Vorstandes

Sehr geehrte Damen und Herren,

auch 2014 können wir über ein positives Geschäftsjahr berichten. Fast 500.000 privatrechtlich beschäftigte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der beteiligten kirchlichen und diakonischen Arbeitgeber wurden von der KZVK betreut und durften sich »gut aufgehoben« fühlen. Es wurden 265 Mio. Euro an Rentenleistungen ausgezahlt.

Mit einer Nettoverzinsung von 5,32 %, die sowohl laufende Kapitalerträge als auch realisierte Wertveränderungen umfasst, konnte das Ertragsziel von 4,25 %, das der Finanzierung künftiger Leistungen zugrunde liegt und im aktuellen Kapitalmarktumfeld zunehmend ambitioniert erscheint, wiederum deutlich übertroffen werden. Wichtige Erfolgsfaktoren für das erfreuliche Anlageergebnis waren neben der Kapitalmarktentwicklung mit steigenden Kursen die Streuung des Vermögens auf viele Anlageformen und die Vereinnahmung von Erträgen aus Zinspapieren, die bei Zeichnung deutlich höher lagen als heute. Eine in den zurückliegenden Jahren systematisch betriebene lange Zinsbindung wirkt sich heute bei fallenden Zinsen ebenso positiv aus wie die konsequente Begrenzung bzw. Senkung von Kosten in der Vermögensverwaltung.

Allerdings spürt auch die KZVK trotz der erfolgreichen Anlagepolitik der letzten Jahre zunehmend die Auswirkungen der fortschreitenden Niedrigzinsphase. Die durchschnittlichen Zinserträge aus Rentenanlagen sind langsam rückläufig, da neue bonitätsstarke Papiere nur noch zu äußerst niedrigen Zinsen zu erwerben sind. Zwar hilft uns der hohe Anteil nicht festverzinslicher Anlagen wie Aktien und Immobilien, der Zinsentwicklung zu trotzen. Ohne eine Wende am Zinsmarkt wird aber auch sie die negativen Auswirkungen eines dramatisch gesunkenen Zinsniveaus auf Dauer nicht verhindern können.

Zu den guten Ergebnissen des Geschäftsjahres 2014 tragen unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit ihrem engagierten und verantwortungsbewussten Einsatz ganz wesentlich bei. Ihnen gilt dafür unser besonderer Dank ebenso wie der Mitarbeitervertretung für die vertrauensvolle Zusammenarbeit.



**Hans-Rudolf von Campenhausen**  
Vorstand



**Dr. Wolfram Gerdes**  
Vorstand



Hans-Rudolf von Campenhausen, Vorstand Leistung und Verwaltung (links) und Dr. Wolfram Gerdes, Vorstand Kapitalanlagen und Finanzen

## Vorwort des Verwaltungsrates

Sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Leserinnen und Leser des Geschäftsberichts,

in diesem Jahr gilt es für den Verwaltungsrat nicht nur auf das vergangene Jahr zurückzublicken, welches in diesem Bericht wie gewohnt ausführlich beschrieben wird. Mit Ablauf des Jahres 2014 endet auch die fünfjährige Amtszeit des achtköpfigen Verwaltungsrats.

Ich nutze diese Gelegenheit für eine Rückschau und benenne aus meiner Sicht drei wesentliche Eckdaten für die Arbeit dieses Verwaltungsrates:



### 1. Aus dem Rahmen fallende Kapitalmarkt- und Zinsentwicklung

Niemand hatte im Jahr 2009, inmitten der großen Finanzkrise, die Kapitalmarkt- und Zinsentwicklung bis heute vorhergesehen. Nun ist diese Unvorhersehbarkeit ein Wesensmerkmal des Marktes. In den vergangenen fünf Jahren wurde jedoch der Rahmen dessen erheblich überschritten, was man aufgrund der Erfahrungen der letzten 50 Jahre als positives und negatives Szenario annehmen durfte. Die Zinswelt ist aus den Fugen geraten. Der Verwaltungsrat hat bereits im Jahr 2010 das damals noch fernliegende Japan-Szenario der jahrelangen Niedrigzinsen angesprochen und berücksichtigt. Die daraus resultierende Anlagepolitik hat sich in den zurückliegenden Jahren bewährt. Aber eine zu befürchtende längere Niedrigzinsphase stellt die Kasse künftig vor große Aufgaben.

### 2. Erkennbare Erfolge der nachhaltigen Sanierungspolitik

Der Verwaltungsrat hat sich weiterhin mit der Frage einer nachhaltigen Sanierungspolitik beschäftigt. Ziel ist der langfristige Ausgleich der insbesondere durch die demografische Entwicklung entstandenen Deckungslücken. Deshalb wurde für 2010 ein Sanierungsgeld eingeführt und der Beitragssatz ab 2011 erhöht. Dieser Sanierungskurs trägt erkennbare Früchte.

### 3. Ausführlicher Compliance-Prozess

Der Verwaltungsrat hat von Beginn seiner Amtszeit als besonderen Schwerpunkt das Thema Compliance gewählt. Insgesamt wurden die Ordnung und die Praxis der Kasse bestätigt. Mängel gab es wenige und deshalb auch nur Korrekturen in Details, wie der vorausschauenden Dokumentation der Anlageprozesse. Insbesondere das gestärkte interne Kontrollsystem sowie die ausgebauten haus-eigenen Innenrevisoren setzen für öffentlich-rechtliche Einrichtungen Maßstäbe.

Ohne Frage sind wir im diesseitigen Leben fern von absoluten Sicherheiten. Man sehe nur in eine der Krisenregionen der Welt oder blicke zurück in die deutsche Geschichte. Gerade deshalb wird eine solide Vorsorge- und Anlagepolitik der Kasse das Ziel auch des nächsten Verwaltungsrates sein.



**Dr. Arne Kupke**  
**Vorsitzender des Verwaltungsrates**



## Lagebericht

Versicherungsgeschäft  
Nachhaltigkeit  
Gesamtwirtschaftliche Entwicklung  
Vermögens-, Finanz- und Ertragslage  
Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter  
Risiken der künftigen Entwicklung  
Chancen der künftigen Entwicklung  
Prognosebericht

## Versicherungsgeschäft

### Beteiligte

Zum 31. Dezember 2014 ist die Zahl der Beteiligten um 16 auf insgesamt 3.447 gesunken. Aus Sicht der Kasse sind die Änderungen bei der Anzahl der Beteiligungsverhältnisse im Bereich der verfassten Kirche und in der Diakonie vor allem auf sich ändernde Unternehmensstrukturen zurückzuführen, da die Anzahl der Versicherten Personen weiter ansteigt. So werden z. B. durch Fusionen von Kirchengemeinden Beteiligte zusammengeführt oder durch Ausgliederungen neue Beteiligungsverhältnisse begründet.

Beteiligte Ost und West	2014	2013	Veränderung	
	Anzahl	Anzahl	Anzahl	%
<b>Verfasste Kirche</b>				
Ev. Kirche im Rheinland	802	808	-6	-0,7
Ev. Kirche von Westfalen	593	589	4	0,7
Lippische Landeskirche	75	74	1	1,4
Ev. Landeskirche Anhalts	24	24	0	0,0
Nordkirche	151	147	4	2,7
ehem. Ev. Kirche der schlesischen Oberlausitz	42	46	-4	-8,7
Ev. Kirche der Kirchenprovinz Sachsen	386	398	-12	-3,0
<b>verfasste Kirche gesamt</b>	<b>2.073</b>	<b>2.086</b>	<b>-13</b>	<b>-0,6</b>
<i>davon verfasste Kirche Ost</i>	<i>603</i>	<i>615</i>	<i>-12</i>	<i>-2,0</i>
<i>davon verfasste Kirche West</i>	<i>1.470</i>	<i>1.471</i>	<i>-1</i>	<i>-0,1</i>
<b>Diakonie</b>				
Diakonie im Rheinland	714	698	16	2,3
Diakonie in Westfalen	454	456	-2	-0,4
Diakonie in Lippe	30	30	0	0,0
Diakonie in Anhalt	18	18	0	0,0
Diakonie in der Nordkirche	15	35	-20	-57,1
Diakonie in der schlesischen Oberlausitz	12	12	0	0,0
Diakonie in der Kirchenprovinz Sachsen	115	112	3	2,7
sonstige Diakonie	14	14	0	0,0
Diakonissenmutterhäuser	2	2	0	0,0
<b>Diakonie gesamt</b>	<b>1.374</b>	<b>1.375</b>	<b>-1</b>	<b>-0,1</b>
<i>davon Diakonie Ost</i>	<i>174</i>	<i>191</i>	<i>-17</i>	<i>-8,9</i>
<i>davon Diakonie West</i>	<i>1.198</i>	<i>1.184</i>	<i>14</i>	<i>1,2</i>
<b>Beteiligte gesamt</b>	<b>3.447</b>	<b>3.463</b>	<b>-16</b>	<b>-0,5</b>

Von insgesamt 496.811 Versicherten sind am 31. Dezember 2014 199.415 Personen pflichtversichert und somit in einem aktiven Beschäftigungsverhältnis im Geltungsbereich unserer Kasse tätig. Die Zahl der Pflichtversicherten ist um 2.836 (+1,4 %) Versicherte angewachsen. Dieser Zuwachs stammt fast ausschließlich aus dem Bereich der Diakonie Rheinland-Westfalen-Lippe.

### Pflichtversicherte

Der Bereich Diakonie verzeichnet mit 156.748 Versicherten oder 78,6 % weiterhin den größten Anteil an Versicherungsverhältnissen bei der Kasse. Der Anteil der verfassten Kirche liegt bei 21,4 % oder 42.667 Versicherten.

Das Durchschnittsalter der Pflichtversicherten betrug 44,45 Jahre. Mit 78,7 % stellen die Frauen gegenüber den Männern mit 21,3 % den weitaus größeren Anteil an Versicherten.

Auf den Bereich der beitragsfrei Versicherten entfallen 297.396 Versicherungsverhältnisse. Dabei handelt es sich um ehemals pflichtversicherte Personen, die nun keine aktive Beschäftigung mehr im Geltungsbereich der Kasse ausüben. 22,0 % der beitragsfrei Versicherten haben heute nach unserem Datenbestand die Wartezeit von 60 Monaten erfüllt. Da uns überleitungsfähige Dienstzeiten bei anderen Kassen nicht immer zeitnah gemeldet werden, dürfte die tatsächliche Quote darüber liegen.

### Beitragsfrei Versicherte

Die Zahl der Versicherten veränderte sich wie folgt:

Pflichtversicherte Ost und West	2014	2013	Veränderungen	
	Anzahl	Anzahl	Anzahl	%
<b>Pflichtversicherte verfasste Kirche</b>				
Ev. Kirche im Rheinland	18.514	18.796	-282	-1,5
Ev. Kirche von Westfalen	18.787	18.399	388	2,1
Lippische Landeskirche	873	850	23	2,7
Ev. Landeskirche Anhalts	264	272	-8	-2,9
Nordkirche	1.721	1.698	23	1,4
ehem. Ev. Kirche der schlesischen Oberlausitz	218	218	-	0,0
Ev. Kirche der Kirchenprovinz Sachsen	2.290	2.302	-12	-0,5
<b>Pflichtversicherte verfasste Kirche gesamt</b>	<b>42.667</b>	<b>42.535</b>	<b>132</b>	<b>0,3</b>
<i>davon Ost</i>	<i>4.493</i>	<i>4.490</i>	<i>3</i>	<i>0,1</i>
<i>davon West</i>	<i>38.174</i>	<i>38.045</i>	<i>129</i>	<i>0,3</i>

Fortsetzung nächste Seite

Pflichtversicherte Ost und West	2014	2013	Veränderungen	
	Anzahl	Anzahl	Anzahl	%
<b>Pflichtversicherte Diakonie</b>				
Diakonie im Rheinland	73.359	71.967	1.392	1,9
Diakonie in Westfalen	65.625	64.237	1.388	2,2
Diakonie in Lippe	3.621	3.566	55	1,5
Diakonie in Anhalt	1.492	1.469	23	1,6
Diakonie in der Nordkirche	758	1.252	-494	-39,5
Diakonie in der schlesischen Oberlausitz	1.651	1.653	-2	-0,1
Diakonie in der Kirchenprovinz Sachsen	9.955	9.649	306	3,2
sonstige Diakonie	278	242	36	14,9
Diakonissen	9	9	0	0,0
<b>Pflichtversicherte Diakonie gesamt</b>	<b>156.748</b>	<b>154.044</b>	<b>2.704</b>	<b>1,8</b>
<i>davon Ost</i>	<i>14.134</i>	<i>14.265</i>	<i>-131</i>	<i>-0,9</i>
<i>davon West</i>	<i>142.614</i>	<i>139.779</i>	<i>2.835</i>	<i>2,0</i>
<b>Pflichtversicherte gesamt</b>	<b>199.415</b>	<b>196.579</b>	<b>2.836</b>	<b>1,4</b>
<b>Beitragsfrei Versicherte</b>	<b>297.396</b>	<b>284.725</b>	<b>12.671</b>	<b>4,5</b>
<i>davon Ost</i>	<i>27.841</i>	<i>26.417</i>	<i>1.424</i>	<i>5,4</i>
<i>davon West</i>	<i>269.555</i>	<i>258.308</i>	<i>11.247</i>	<i>4,4</i>
<b>Versicherte gesamt</b>	<b>496.811</b>	<b>481.304</b>	<b>15.507</b>	<b>3,2</b>

### Sanierungsgeld

Mit der Reform der Zusatzversorgung im Jahr 2001 wurden die Anwartschaften aus der Gesamtversorgung durch Startgutschriften in das neue Zusatzversorgungssystem übertragen. Seitdem werden sie dort in einem eigenen Abrechnungsverband »S« geführt. Damals ging man angesichts höherer Zinserwartungen davon aus, dass die Leistungsverpflichtungen des Abrechnungsverbandes »S« ausreichend mit Kapital bedeckt sind.

Im Jahr 2008 wurde deutlich, dass mit der bei der Systemumstellung erwarteten Kapitalverzinsung von mindestens 6,3 % p. a. nicht mehr gerechnet werden kann. Konsequenterweise wurde der Rechnungszins auf 4,25 % gesenkt und die Einführung eines Sanierungsgeldes beschlossen. Die Höhe des Sanierungsgeldes wurde mit dem Ziel festgesetzt, die Deckungslücke im Abrechnungsverband »S« innerhalb von 20 Jahren zu schließen. Das Sanierungsgeld fällt für die einzelnen Beteiligten unterschiedlich hoch aus, denn die individuelle Höhe hängt von den Entgeltsummen der Versicherten im Altbestand ab. Im Durchschnitt über alle Beteiligten mit Altverpflichtungen beträgt es ca. 1,8 % der zusatzversorgungspflichtigen Entgelte.

Seit dem 1. Januar 2012 sind von den Arbeitgebern Zeiten des Mutterschutzes an die KZVK zu melden. Für diese Zeiten sind von den Arbeitgebern keine Beiträge zu zahlen. Die Zeiten werden so berücksichtigt, als ob Entgelt gezahlt worden wäre. Hierfür ermittelt der Arbeitgeber ein fiktives Entgelt nach den jeweiligen tarifvertraglichen Vorschriften. Damit erfolgt eine Berücksichtigung der Zeiten analog zu den Zeiten einer Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall. Für Mutterschutzzeiten vor dem 1. Januar 2012 ist ebenfalls ein fiktives Entgelt zu ermitteln. Die Berechnung des Entgeltes erfolgt in diesen Fällen durch die Kasse auf Basis der von unseren Versicherten und Rentnern individuell gemeldeten Zeiten. Bei der Neuberechnung von aktuellen Rentenfällen werden Mutterschutzzeiten vollständig berücksichtigt.

### Berücksichtigung von Mutterschutzzeiten

Zum 1. Januar 2013 wurde in der freiwilligen Versicherung (ZusatzrentePLUS) ein neuer Tarif eingeführt. Die ZusatzrentePLUS berücksichtigt die sich stetig ändernden demographischen Entwicklungen und ist von ihrem Regelwerk her äußerst transparent und schlank gefasst. Dank ihrer günstigen Kostenstruktur ist sie auch regelmäßig attraktiver als vergleichbare Produkte der privaten Versicherer. Für Arbeitgeber und Versicherte bietet die KZVK somit auch weiterhin eine sichere und verlässliche Lösung zu noch mehr sozialer Absicherung im Alter.

### Freiwillige Versicherung

Insgesamt wurden im Jahr 2014 446 neue Verträge in der Freiwilligen Versicherung abgeschlossen. Damit ist der Bestand zum 31. Dezember 2014 um 2,0 % auf 22.682 Verträge angewachsen. Im Bestand hat sich die Mehrzahl der Versicherten für die Bruttoentgeltumwandlung entschieden (17.239 Verträge). Davon bestehen 704 Verträge im neuen Tarif ZusatzrentePLUS. 5.268 Versicherte nutzen die Förderung nach dem Riestermodell, hiervon entfallen 47 Verträge auf den neuen Tarif. 175 Fälle beinhalten eine Höherversicherung ohne steuerliche Förderung.

Im Jahr 2014 ist auf Basis der 12.329 aktiven Verträge ein durchschnittlicher Jahresbeitrag von ca. 1.035 € je Vertrag eingezahlt worden.

## Rentenleistung

Der Bestand an Betriebsrenten aus der Pflichtversicherung hat sich wie folgt entwickelt:

Betriebsrenten	2014	2013	Veränderungen	
	Anzahl	Anzahl	Anzahl	%
Alters- und Erwerbsminderungsrenten	62.456	59.980	2.476	4,1
Witwen/Witwer	6.215	5.989	226	3,8
Waisen	580	590	-10	-1,7
<b>Gesamt</b>	<b>69.251</b>	<b>66.559</b>	<b>2.692</b>	<b>4,0</b>

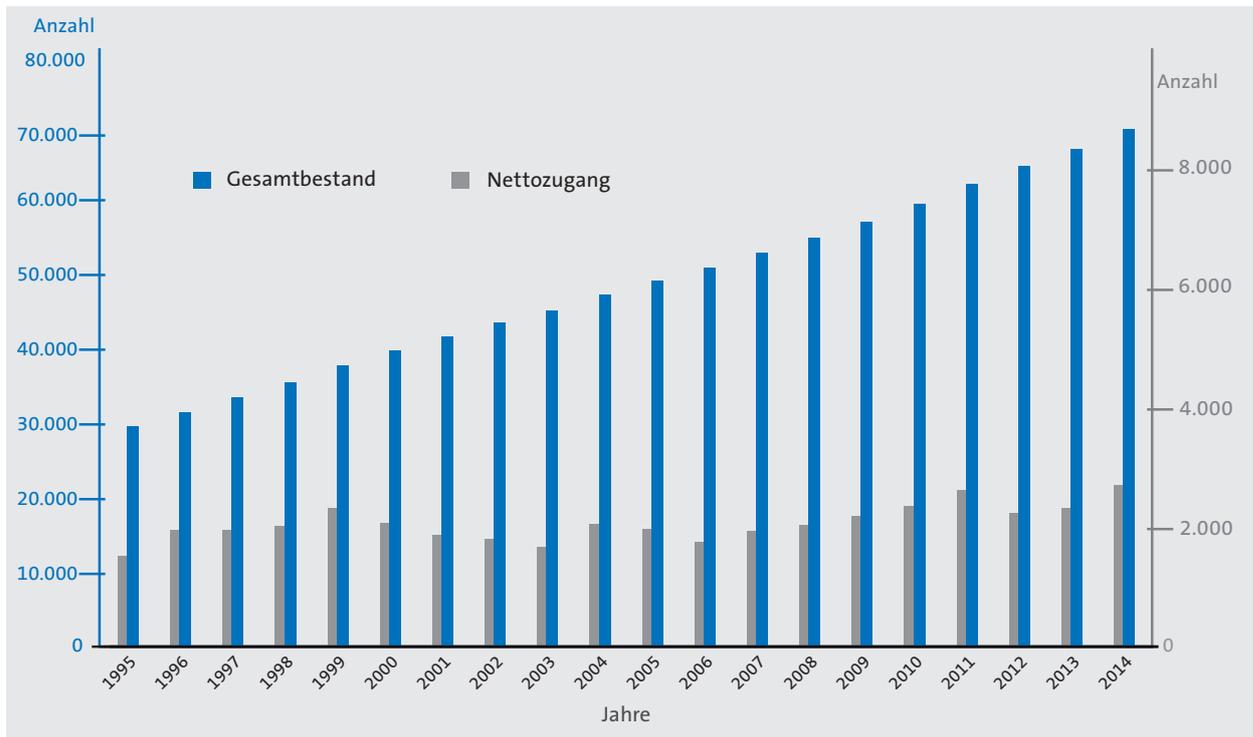
Der Bestandsveränderung an Renten liegen folgende Rentenbewilligungen und Rentenabgänge zugrunde:

	2014	2013	Veränderungen	
	Anzahl	Anzahl	Anzahl	%
Rentenbewilligung	4.970	4.598	372	8,1
Rentenabgänge	2.278	2.290	-12	-0,5
<b>Rentenzugang netto</b>	<b>2.692</b>	<b>2.308</b>	<b>384</b>	<b>16,6</b>

Die Zahl der Rentenberechtigten hat sich netto um 2.692 Fälle gegenüber dem Vorjahr erhöht. Anträge auf erstmalige Zahlung einer Rente wurden in 2014 für 4.970 Personen bewilligt. Der langjährige Trend einer kontinuierlichen Steigerung der Rentnerzahlen setzt sich damit fort.

Von den 69.251 Rentenbeziehern sind 55.672 (80,39 %) Frauen und 13.579 (19,61 %) Männer.

## Entwicklung des Gesamtbestandes an Rentenfällen



Zum 1. Juli 2014 wurden die Betriebsrenten um 1,0 % erhöht. Die Summe der monatlichen Rentenzahlungen stieg damit um 195 T€ auf insgesamt 19.668 T€ an.

### Rentenerhöhung

Durch das Gesundheits-Reformgesetz sind die Zusatzversorgungskassen verpflichtet, in allen Rentenfällen Krankenkassenmerkmale abzuspeichern, um Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträge abführen zu können. Im Berichtsjahr wurden von der Kasse 33.715 T€ (VJ: 33.195 T€) an Beiträgen zur Krankenversicherung und zur Pflegeversicherung an die Krankenkassen gezahlt.

### Kranken- und Pflegeversicherung der Rentner (KVdR)

Zum Jahresende 2014 waren noch vier gegen die Kasse gerichtete Klageverfahren vor dem Landgericht Dortmund offen; inhaltlich geht es hierbei im Wesentlichen um die Rechtmäßigkeit rentenferner Startgutschriften. Eine Entscheidung des Bundesgerichtshofes zu der Frage, ob die Neuberechnung der rentenfernen Startgutschriften nach dem 5. Änderungstarifvertrag zum ATV-K, in dem die Tarifvertragsparteien die Vorgaben eines Urteils des Bundesgerichtshofs vom 14. November 2007 zu den Startgutschriften von rentenfernen Pflichtversicherten umgesetzt haben, geltendem Recht widerspricht (so das OLG Karlsruhe im Urteil vom 18. Dezember 2014), ist im Berichtsjahr nicht getroffen worden.

### Startgutschriften



## Nachhaltigkeit

Ein wichtiger Aspekt für die Kirchlichen Versorgungskassen ist die Glaubwürdigkeit im unternehmerischen Handeln. »An ihren Früchten sollt ihr sie erkennen« (Matthäus 7, 20). Der Grüne Hahn ist ein sichtbares Zeichen dafür, dass wir diesen Punkt ernst nehmen. Doch darüber hinaus hat uns die Auseinandersetzung mit den Umweltthemen gezeigt, dass auch die Kirchlichen Versorgungskassen nennenswert und unmittelbar zur Entlastung der Umwelt beitragen können.

Es ist nicht entscheidend, wie viel Einfluss man hat, unsere Lebensumstände zu verbessern. Entscheidend ist, dass man die Welt mit seinen Möglichkeiten verantwortungsbewusst mitgestaltet. Als Kirchliche Versorgungskassen sehen wir uns in einer besonderen Verantwortung. Aus diesem Grund findet sich bereits in den Satzungen der Kirchlichen Zusatzversorgungskasse Rheinland-Westfalen und der Gemeinsamen Versorgungskasse für Pfarrer und Kirchenbeamte die Selbstverpflichtung, die Kapitalanlagen ethischen Gesichtspunkten entsprechend einzusetzen. Mit der Einführung eines Umweltmanagementsystems nach EMAS im Jahr 2011 leisten wir einen weiteren Beitrag zur Nachhaltigkeit. (Auszug aus der Umwelterklärung 2014 der Kirchlichen Versorgungskassen).

### Der »Grüne Hahn« bleibt fester Bestandteil der kirchlichen Versorgungskassen

Der beauftragte Umweltgutachter hat im Rahmen der Umweltprüfung 2014 die Ergebnisse der Jahre 2011 bis 2013 und das neue Umweltprogramm für die Jahre 2014 bis 2016 geprüft. Hier standen neben dem neuen Umweltprogramm

- + die festgelegte Umweltpolitik,
- + ein vorschriftsgemäßes Umweltmanagementsystem,
- + die Frage, ob die Umwelt- und Betriebsprüfung den Vorgaben der EMAS-Verordnung gemäß durchgeführt wurden und
- + ob die Umwelterklärung alle Voraussetzungen für die Ausstellung einer Gültigkeitserklärung erfüllt,

im Fokus. Der Gutachter bestätigte wieder unser Umweltmanagementsystem und stellte den Versorgungskassen ein gutes Zeugnis aus.

Seit Anfang 2014 sind die Kirchlichen Versorgungskassen Mitglied im Netzwerk KirUm, dem ökumenischen Netzwerk Kirchliches Umweltmanagement ([www.kirum.org](http://www.kirum.org)).

Im Bereich der Kapitalanlagen wurden im Geschäftsjahr die eingeleiteten Maßnahmen fortgeführt. Für im Portfolio befindliche Aktien betreibt die Kasse ein »aktives Aktionärstum« und arbeitet hierbei

mit der Union Investment zusammen. Über einen Vertrag zur Stimmrechtsausübung vertritt sie die Kasse als aktiver Aktionär und stimmt ihr Verhalten in den Hauptversammlungen vor allem in den Bereichen Corporate Governance sowie soziale, ethische und umwelttechnische Fragen ab. In 2014 wurden die Intentionen der am Engagement-Prozess beteiligten Partner weiter spezifiziert, um so gezielt Schwerpunkte für künftige Zielsetzungen zu berücksichtigen. Die Ergebnisse dieser Arbeit werden Bestandteil des Engagements im Jahr 2015 sein. Engagement ist umso wirkungsvoller, je mehr Anleger sich für spezielle Fragestellungen zu Interessensgemeinschaften zusammenschließen. Ein solches Forum stellt der »Arbeitskreis Kirchliche Investments (AKI)« unter dem Dach der Evangelischen Kirche Deutschlands (EKD) dar, an dem sich die Kassen finanziell und inhaltlich beteiligen. Ein Tätigkeitsschwerpunkt der seit 2012 tätigen Koordinierungsstelle auf EKD-Ebene ist die Koordination von Engagement-Prozessen unter Berücksichtigung spezifischer kirchlicher Positionen oder die Identifizierung von Engagement-Themen, z. B. aufgrund von Studien kirchlicher Einrichtungen. Im Jahr 2014 ist auf Basis der Arbeit des AKI u. a. das bisherige Kapitel »Bankdienstleistungen« im von der EKD herausgegebenen »Leitfaden für ethisch nachhaltige Geldanlage in der evangelischen Kirche« durch ein erweitertes Kapitel »Dialog mit Kreditinstituten und Vermögensverwaltern« ersetzt worden. Da derivative Finanzgeschäfte immer mehr an Bedeutung gewinnen, hat der AKI sich zu einer ethisch nachhaltigen Bewertung von Derivaten geäußert und der Leitfaden wurde um einen entsprechenden Abschnitt erweitert.

Auf Basis der Ende 2011 eingeführten »Verfahrensanweisung zur Kapitalanlage unter ethischen und nachhaltigen Gesichtspunkten« und der in 2013 eingeführten »Verfahrensanweisung Nachhaltigkeit Wertpapiere« sind die Themen Nachhaltigkeit und Ethik von Kapitalanlagen Bestandteil des Managementsystems der am Prozess des Anlagemanagements beteiligten Organisationseinheiten. Dieses Managementsystem ist in der Kapitalanlagerichtlinie für die Versorgungskassen beschrieben und wird kontinuierlich von allen hier tätigen Organisationseinheiten weiterentwickelt.

Zum Stichtag 30. Juni 2014 wurden alle Werte des Wertpapier-Direktbestandes, der Wertpapier-Sondervermögen sowie die anderen Direktanlagen auf Basis des in der Zusammenarbeit mit der KD-Bank erstellten Nachhaltigkeitsfilters analysiert. Für eine Vielzahl von Werten steht derzeit noch kein Nachhaltigkeitsrating einer Ratingagentur zur Verfügung. Bei der Ermittlung der Zielquote für die gesamten Kapitalanlagen wurde deshalb gemäß Verfahrensanweisung XII: »Nachhaltigkeit« unterstellt, dass bisher nicht analysierbare und solche ohne Nachhaltigkeitsrating so lange als konform gelten, bis ein anderslautendes Ratingergebnis bekannt wird. Derzeit werden 0,3 % (VJ: 2,3 %) des Renten-Direktbestands als nicht konform mit den Ausschlusskriterien des EKD-Leitfadens bewertet. Bei diesen Papieren handelt es sich um festverzinsliche Wertpapiere mit Bestandsschutz,

d. h. die Papiere laufen bei Fälligkeit aus. Bei den Spezialfonds beträgt die Quote der als nicht-filterkonform erkannten Wertpapiere 2,3 % (VJ: 3,2 %). Hier wird mit dem Engagement-Ansatz über die Instrumente Stimmrechtsabgabe und Dialog auf eine Verhaltensänderung der Emittenten hingewirkt. Bei neu zu vergebenden Anlagemandaten werden Anlagegesellschaften bevorzugt, die die UNPRI-Erklärung unterzeichnet haben. Von den aktuell eingesetzten Managern haben 80 % (VJ: 84 %), bezogen auf das verwaltete Anlagevolumen, die UNPRI-Erklärung unterzeichnet und damit bestätigt, dass sie Nachhaltigkeitsaspekte in ihrem Investmentprozess berücksichtigen.

Als Ergebnis kann festgehalten werden, dass alle in der Verfahrensanweisung »Nachhaltigkeit« vorgegebenen Limite eingehalten worden sind.

## Gesamtwirtschaftliche Entwicklung

2014 blieb mit einem weltweiten Wirtschaftswachstum von 3,3 % hinter den Erwartungen zurück. Neben Ebola, Ukraine-Krise, Schottland-Referendum, IS und Ölpreisabsturz war die globale Wirtschaftsentwicklung nach wie vor von den Nachwirkungen der Finanz- und Schuldenkrise geprägt. Zusätzlich machte der Eurozone die ab Mai eskalierende Ukraine-Krise zu schaffen. Entsprechend blieb in Europa das Wachstum in einem zunehmend deflatorischen Umfeld mit 0,8 % deutlich hinter den Erwartungen zurück. Auch in den Schwellenländern war die Entwicklung durchwachsen. Während Rohstoffexporteure wie Russland, Venezuela oder Irak unter den sinkenden Preisen litten, profitierten im Gegenzug Importnationen wie z. B. China oder Indien. Einmal mehr nahmen die USA die Rolle des Konjunkturmotors ein. Bei einem Wachstum von rund 2,4 % hat sich hier 2014 ein durch Konsum und Investition getragener Aufschwung eingestellt.

Mit »finanzielle Repression« bzw. »schleichende Enteignung« der Sparer lässt sich die Entwicklung an den Rentenmärkten am besten beschreiben. Im Kontext schwachen Wachstums, niedriger Inflationsraten und schwachen Reformwillens blieb die Geldpolitik der Zentralbanken 2014 überwiegend auf Expansionskurs. Lediglich die US-Notenbank begann, aufgrund der sich verbessernden Verfassung der US-Wirtschaft, ihre expansive Geldpolitik zurückzufahren. Dagegen setzten die Europäische Zentralbank und die Bank of Japan ihren Expansionskurs auch mit dem Mittel des direkten Aufkaufs von Anleihen fort. Zusätzlich führte die EZB sogar Strafgebühren auf die Einlagen der Kreditinstitute bei ihr ein. Als Konsequenz sanken die Renditen in der Eurozone. Die Verzinsung der 10-jährigen Bundesanleihe fiel im Jahresverlauf um rund 1,5 %-Punkte auf 0,5 %. Fünfjährige Bundesanleihen beendeten das Jahr mit einer Nullverzinsung. Geringfügig höhere Zinsen lassen sich mit Unternehmensanleihen erzielen. Bei Renditeniveaus von wenig mehr als einem Prozentpunkt sind die Ertragsaussichten für die Bereitstellung von Risikokapital aber auch hier marginal. Für 2014 bleibt die Erkenntnis: Zins als Risikoprämie für die Bereitstellung von Fremdkapital existiert nahezu nicht mehr.

Das vergangene Jahr war für den ausschließlich im Euroland tätigen Aktienanleger mit einer Wertentwicklung von +1,2 %, gemessen am Euro Stoxx nicht herausragend. International agierende Anleger konnten hingegen von der Hausse an vielen anderen Aktienmärkten mit einem Plus von bis zu 20 % profitieren.

### Konjunkturelle Entwicklung

### Rentenmärkte

### Aktienmärkte

## Devisenmärkte

Das deutliche Auseinanderdriften der Wachstumsdynamik und der Geldpolitik in den großen Wirtschaftsräumen führte zu einer deutlichen Abwertung des Euro gegenüber dem US-Dollar. In Euro bilanzierende, international agierende Anleger erzielten durch den schwachen Euro überwiegend Währungsgewinne.

## Entwicklungen am Kapitalmarkt

		31.12.2014	31.12.2013	Veränderung	
				absolut	%
Bund Future	in Punkten	155,87	139,17	16,70	12,0
10-jährige Bund	in Prozent	0,51	1,96	-1,45	-74,0
10-jährige Pfandbriefe (DGZF)	in Prozent	0,79	2,26	-1,47	-65,0
Spread EUcred AAA - Bund	in Basispunkten	-6,88	6,75	-13,63	-201,9
Spread EUcred BBB - Bund	in Basispunkten	95,32	118,38	-23,06	-19,5
iBoxx EUR Corporates TR	in Punkten	212,70	196,52	16,18	8,2
Dax	in Punkten	9.806	9.552	254	2,7
V-Dax	in Punkten	19,5	13,2	6,3	47,7
EuroStoxx 50	in Punkten	3.146	3.109	37	1,2
DJ Industrial Index	in Punkten	17.823	16.577	1.246	7,5
S&P 500	in Punkten	2.059	1.848	211	11,4
Nikkei 225	in Punkten	17.451	16.291	1.160	7,1
MSCI Welt (EUR)	in Punkten	192	161	31	19,3
MSCI Emerging Markets (EUR)	in Punkten	312	280	32	11,4
Euro	in US-Dollar	1,21	1,37	-0,16	-11,7
Euro	in Yen	144,85	144,73	0,12	0,1
Brent Oil	in US-Dollar	57,33	111,59	-54,26	-48,6

## Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Kasse ist im Berichtsjahr durch einen kontinuierlichen und überdurchschnittlich kräftig ausfallenden Zuwachs der Kapitalanlagen, weiter steigende versicherungstechnische Rückstellungen sowie den Zufluss von Sanierungsgeld geprägt. Ein positiver Verlauf an den Kapitalmärkten mit steigenden Aktienmärkten hatte einen wesentlichen Einfluss auf die guten Ergebnisse der Anlagepolitik. Das historisch niedrige Zinsniveau, das sich im Jahr 2014 noch einmal verringert hat, führt zwar zu wachsenden Bewertungsreserven, stellt die Kasse aber vor allem bei zu tätigen Neuanlagen im festverzinslichen Bereich vor Herausforderungen. Der aus der Niedrigzinsphase resultierende, schlechende Abrieb der laufenden Erträge wirkt sich auf die Gesamtanlage der Kasse zwar erst sukzessive mit zeitlicher Verzögerung aus, wird diese aber bei anhaltender Dauer spürbar negativ beeinflussen.

## Vermögenslage

Die Kapitalanlagen erhöhten sich im Berichtszeitraum um 412.340 T€ auf 6.248.392 T€. Die Bestandswerte entfallen auf die drei Abrechnungsverbände wie folgt:

### Kapitalanlagen

Kapitalanlagen	2014	2013	Veränderung	
	T€	T€	T€	%
Verband S (Altvermögen)	3.148.863	3.126.763	22.100	0,7
Verband P (Pflichtversicherung)	2.944.337	2.572.411	371.926	14,5
Verband F (Freiwillige Versicherung)	155.192	136.878	18.314	13,4
<b>Gesamt</b>	<b>6.248.392</b>	<b>5.836.052</b>	<b>412.340</b>	<b>7,1</b>

Die Veränderung des Kapitalanlagevolumens wird im Wesentlichen durch Mittelzuflüsse aus Beitragseinnahmen, Sanierungsgeld und Kapitalerträgen, sowie durch Abflüsse in Form von ausgezahlten Versicherungsleistungen bestimmt. Die Abrechnungsverbände P und F mit ihrer noch vergleichsweise jungen Versichertenstruktur verzeichnen im Vergleich zum geschlossenen Altbestand S per Saldo erheblich höhere Mittelzuflüsse, die den Kapitalstock rasch anwachsen lassen. Über alle drei Abrechnungsverbände hinweg ergaben sich für die Kapitalanlagen Zugänge in Höhe von 714.995 T€, Abgänge in Höhe von 298.724 T€, Zuschreibungen in Höhe von 938 T€ und Abschreibungen in Höhe von 4.869 T€. Die Neuanlagen wurden schwerpunktmäßig in den Bereichen Inhaberschuldverschreibungen (349.561 T€), Fonds (223.087 T€) und Sonstige Ausleihungen (88.507 T€) vorgenommen.

**Forderungen aus dem Versicherungsgeschäft**

Die Forderungen aus dem Versicherungsgeschäft in Höhe von insgesamt 148.560 T€ (VJ: 99.290 T€) betreffen im Wesentlichen Sanierungsgeld und Ausgleichsbeträge. Die Sanierungsgeldrechnungen wurden planmäßig im Oktober 2014 verschickt und auf Basis einer Satzungsänderung mit der Möglichkeit einer monatlichen Zahlweise angeboten. Erstmals wurden Wertberichtigungen in Höhe von 1.325 T€ durchgeführt.

**Versicherungstechnische Rückstellungen**

Im versicherungsmathematischen Gutachten vom 17. März 2015 hat der Verantwortliche Aktuar zum Stichtag 31. Dezember 2014 die Deckungsrückstellungen ermittelt. Diese haben folgende Volumina:

Deckungsrückstellungen	2014	2013	Veränderung	
	T€	T€	T€	%
Verband S (Altvermögen)	4.357.522	4.403.252	-45.730	-1,0
Verband P (Pflichtversicherung)	3.191.901	2.830.871	361.030	12,8
Verband F (Freiwillige Versicherung)	155.477	137.971	17.506	12,7
<b>Gesamt</b>	<b>7.704.900</b>	<b>7.372.094</b>	<b>332.806</b>	<b>4,5</b>

**Finanzlage**

Zum Stichtag haben sich die nicht durch Eigenkapital gedeckten Fehlbeträge wie folgt entwickelt:

Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	2014	2013	Veränderung	
	T€	T€	T€	%
Verband S (Altvermögen)	978.063	1.084.423	-106.360	-9,8
Verband P (Pflichtversicherung)	173.563	181.427	-7.864	-4,3
<b>Gesamt</b>	<b>1.151.626</b>	<b>1.265.850</b>	<b>-114.224</b>	<b>-9,0</b>

In den Verbänden S und P wurden die Jahresüberschüsse für die Tilgung der Fehlbeträge verwendet. Entsprechend wurden weder Verlustrücklagen noch Rückstellungen für Leistungsverbesserungen im Berichtsjahr eingestellt.

Im Verband F besteht kein Fehlbetrag. Der Jahresüberschuss wurde auf Vorschlag des Verantwortlichen Aktuars für den Gewinnverband Tarif 2002 voll und für den Gewinnverband Tarif 2012 zu 5 % der Verlustrücklage zugeführt. Insgesamt erhöht sich dadurch die Verlustrücklage zum Jahresultimo 2014 auf 3.682 T€ (VJ: 3.029 T€). Mit dem verbleibenden Jahresüberschuss im Gewinnverband Tarif 2012 wurde die Rückstellung für Leistungsverbesserungen dotiert, die nun 45 T€ (VJ: 3 T€) beträgt.

Der Deckungsgrad der Verpflichtungen, der das Verhältnis zwischen Kapitalanlagen und lfd. Guthaben bei Kreditinstituten einerseits und Deckungsrückstellung andererseits darstellt, ist von 80,6 % auf 82,3 % gestiegen. Im Abrechnungsverband S hat sich der Deckungsgrad von 71,8 % auf 73,5 %, im Abrechnungsverband P von 93,2 % auf 93,3 % und im Abrechnungsverband F von 100,6 % auf 100,8 % erhöht.

Zum Ausgleich der Deckungslücken werden die vom Verantwortlichen Aktuar vorgeschlagenen und vom Verwaltungsrat beschlossenen Maßnahmen fortgeführt. Diese Maßnahmen umfassen die Erhebung des Sanierungsgeldes für den Abrechnungsverband S und den um 0,8 % auf 4,8 % erhöhten Beitragssatz im Abrechnungsverband P.

### Ausgleich von Deckungslücken

## Ertragslage

Bedingt durch ein Anwachsen der zusatzversorgungspflichtigen Entgelte aufgrund steigender Versichertenzahlen und von Tarifsteigerungen sind die Beitragseinnahmen um 23.925 T€ oder 6,4 % auf insgesamt 395.409 T€ angewachsen. Darin enthalten sind auch die Beiträge aus der Freiwilligen Versicherung in Höhe von 12.722 T€. Ebenfalls enthalten sind hier die im Jahr 2014 durchgeführten Überleitungen mit Mittelzuführungen in Höhe von 26.281 T€ und Mittelabflüssen in Höhe von 26.408 T€. Dabei wurden 3.534 Überleitungsannahmen mit einem durchschnittlichen Barwert in Höhe von 7.436 € und 2.880 Überleitungsabgaben mit einem durchschnittlichen Barwert in Höhe von 9.169 € abgewickelt.

Das Ergebnis aus Kapitalanlagen übertrifft mit 321.574 T€ (VJ: 305.208 T€) den Vorjahreswert um 16.366 T€. Diesem liegt ein Anwachsen der Kapitalanlagen und eine Steigerung der Erträge aus Kapitalanlagen gegenüber dem Vorjahr um 3,7 % auf 343.304 T€ zugrunde. Gestiegene Ausschüttungen aus Investmentanteilen haben den Ertragszuwachs u. a. ermöglicht.

Ein Nettozugang von 2.692 Betriebsrentenfällen und die Rentenerhöhung zum 1. Juli 2014 um ein Prozent haben die Aufwendungen für Rentenzahlungen um 6.460 T€ auf 234.503 T€ wie erwartet weiter zunehmen lassen. Die gesamten Versicherungsleistungen einschließlich der Aufwendungen für Abfindungen beliefen sich im Berichtszeitraum auf 264.416 T€ (VJ: 256.548 T€). Diese teilen sich auf in 221.639 T€ für den Verband S, 41.909 T€ für den Verband P und 868 T€ für den Verband F.

Die Aufwendungen für die Erhöhung der versicherungstechnischen Rückstellungen sind mit einem Gesamtvolumen von 332.848 T€ (VJ: 321.618 T€) um 11.230 T€ höher als im Vorjahr ausgefallen.

Die Nettoverzinsung der Kapitalanlagen kommt mit 5,32 % fast an das gute Vorjahresniveau von 5,42 % heran. Gleichzeitig wirkten sich im Berichtsjahr steigende Aktienkurse und sinkende Zinsen gleichermaßen positiv auf die Bewertungsreserven aus, die um 469.888 T€ auf 1.160.021 T€ sehr stark angewachsen sind. Die laufende Durchschnittsverzinsung konnte infolge einer kontinuierlichen Ausschüttungspolitik aus Investmentanteilen mit 4,91 % (VJ: 5,15 %) weiterhin auf einem hohen Niveau gehalten werden.

## Jahresergebnis

Im Berichtsjahr wurde konsolidiert über alle Verbände ein Jahresüberschuss von 114.878 T€ erzielt. Für den Verband S ergab sich ein Überschuss von 106.360 T€, für den Verband P von 7.864 T€ und für den Verband F von 653 T€.

## Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

### Personalstand

Am Jahresende hatte die Kasse folgenden Personalstand:

Vorstandsmitglieder	2
vollbeschäftigte Angestellte	105
teilzeitbeschäftigte Angestellte	37
Auszubildende	3
<b>Insgesamt</b>	<b>147</b>

Bei Umrechnung der Teilzeitbeschäftigungsverhältnisse in Vollzeitäquivalente ergibt sich ein Personalbestand von 133,3 (VJ:125,7). Daneben beschäftigt die Kasse 3 (VJ: 3) vollzeit- und 24 (VJ: 23) teilzeitbeschäftigte Hausmeister in der Grundstücksverwaltung.

Der Anteil der weiblichen Mitarbeitenden in der Verwaltung beträgt 54,0 % (VJ: 55,0 %).

Das Durchschnittsalter der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Verwaltung betrug bei den Frauen 47,7 (VJ: 47,3) Jahre und bei den Männern 43,2 (VJ: 44,1) Jahre.

Die Kasse beschäftigt drei Auszubildende.

### Aus- und Fortbildung

Es fanden tageweise Lehrgänge und Weiterbildungen in den Bereichen EDV, Rente, Versicherte, Innere Verwaltung, Vermögensverwaltung, Controlling/Risikomanagement, Innenrevision, Personalverwaltung, Arbeitsschutz, Mitarbeitervertretungsrecht, Datenschutz und Projektmanagement statt. Ein Mitarbeiter hat die Ausbildung zum Aktuar DAV erfolgreich abgeschlossen. Zwei Mitarbeitende nehmen an einer Fortbildung im Bereich Betriebswirtschaft bei der Verwaltungs- und Wirtschaftsakademie (VWA) in Bochum teil. Des

Weiteren befinden sich zwei Mitarbeitende in einer EDV-Aufbauqualifizierung bei der IHK Münster und zwei Mitarbeitende nehmen an einem Führungskräftenachwuchsentwicklungsprogramm bei der AKA teil. Ein Mitarbeiter besucht den 2. Verwaltungslehrgang der Evangelischen Kirche von Westfalen.

## Risiken der künftigen Entwicklung

Im Folgenden werden die Entwicklungen dargestellt, die Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Kasse haben könnten. Der Risikobericht der Kasse wird nach den Kriterien des Deutschen Rechnungslegungs-Standard Nr. 20 Anlage 2 für Versicherungsunternehmen (DRS 20 Anl. 2) gegliedert.

### Organisatorischer Aufbau und Ablauf

In das Risikomanagement der Kasse sind folgende Unternehmensbereiche integriert: Die Abteilung Unternehmensplanung/Controlling als zentrale und koordinierende Risikomanagementfunktion, das dezentrale Controlling der Fachbereiche Realkredite und Liegenschaften sowie die Interne Revision. Die Abteilung Unternehmensplanung/Controlling misst und steuert die Risiken der Aktiv- und Passivseite zentral, ist zuständig für das Kapitalanlage- und Risikocontrolling und verantwortlich für die Aktiv-Passiv-Steuerung. Die Abteilungsleitung ist fachlich dem Vorstand Kapitalanlagen und Finanzen unterstellt und berichtet an den Gesamtvorstand.

Das dezentrale Controlling in den Abteilungen Realkredite und Liegenschaften überwacht und steuert die mit der dortigen Anlagedisposition verbundenen Risiken und tauscht Informationen und Ergebnisse mit der Abteilung Unternehmensplanung/Controlling aus.

Die Interne Revision ist eine unabhängige Kontrollinstanz und prüft nach einem risikoorientierten Prüfungsplan die Arbeit in allen Fachbereichen und unterbreitet bei Bedarf Verbesserungsvorschläge für die Aufbau- und Ablauforganisation. Sie ist fachlich dem Vorstand Kapitalanlagen und Finanzen unterstellt. Ihre Berichte gehen an den Gesamtvorstand sowie an den Vorsitzenden und den 1. stellvertretenden Vorsitzenden des Verwaltungsrats.

### Biometrisches Risiko

Die Übernahme von versicherungstechnischen Risiken ist konstitutiver Geschäftsbestandteil der Zusatzversorgung. Die Leistungen werden auf Grundlage der arbeitsrechtlichen Vereinbarung (in der Pflichtversicherung) bzw. den allgemeinen Versicherungsbedingungen (in der Freiwilligen Versicherung) auf Basis der Sterbetafel RT1998 von Klaus Heubeck (Tarif 2012 in der freiwilligen Versiche-

### Versicherungstechnische Risiken

rung: modifizierte Tafeln RT2005G von Klaus Heubeck) kalkuliert. Für die Kalkulation der Beiträge und die Bewertung der Deckungsrückstellung in der Bilanz werden modifizierte Richttafeln 2005G von Klaus Heubeck verwendet. Durch die Verwendung dieser aktuellen Rechnungsgrundlagen für die Bewertung der Deckungsrückstellung wird der gegenwärtig zu beobachtenden Lebenserwartung Rechnung getragen. Der Verantwortliche Aktuar überprüft jährlich die Angemessenheit der verwendeten Sterbetafeln. Eine weitere Reduktion der Sterblichkeit um 20 % hätte basierend auf den aktuellen Rechnungsgrundlagen eine Erhöhung der Deckungsrückstellung von 5,1 % bzw. ca. 393,8 Mio. € zur Folge. Eine Erhöhung der Invalidisierungswahrscheinlichkeiten um 25 % erhöht die Deckungsrückstellung im Abrechnungsverband P um 43,8 Mio. € (1,4 %). In den Verbänden S und F wirkt sie sich kaum aus, weil hier keine Zurechnungszeiten zur Anwendung kommen.

Die im Bestand beobachtete hohe Lebenserwartung einerseits und die niedrige Invalidisierungswahrscheinlichkeit andererseits machen Modifikationen der Standard-Sterbetafeln erforderlich. Die Deckungsrückstellung 2014 basiert auf den folgenden biometrischen Annahmen:

- + Für die Pflichtversicherung: Generationentafel 2005G mit 10 Jahren Generationenverschiebung und 65 % der Invalidisierungswahrscheinlichkeiten.
- + Für die Freiwillige Versicherung: Generationentafel 2005G mit 15 Jahren Generationenverschiebung und 65 % der Invalidisierungswahrscheinlichkeiten (nicht Tarif 2012).

Der für die Freiwillige Versicherung mit 15 (statt 10) Jahren Generationenverschiebung vorsichtiger gewählte biometrische Ansatz ist darin begründet, dass für diesen jungen Abrechnungsverband noch keine belastbaren Analysen zur Angemessenheit der verwendeten biometrischen Rechnungsgrundlagen durchgeführt werden können. Durch die stärkere Generationenverschiebung soll einer möglichen Risikoselektion in der Freiwilligen Versicherung Rechnung getragen werden.

Die Rechnungsgrundlagen werden jährlich vom Verantwortlichen Aktuar überprüft, indem er die eingetretenen mit den erwarteten Todes- und Erwerbsminderungsfällen über mehrere Jahre vergleicht. Für das Jahr 2014 stellt der Verantwortliche Aktuar fest, dass die biometrischen Rechnungsgrundlagen aus aktuarieller Sicht hinreichend vorsichtig und angemessen sind.

### **Rechnungszins und Zinsgarantierisiko**

Die Berechnung der Deckungsrückstellung erfolgt mittels eines Rechnungszinses von 4,25 % bzw. 2,75 % beim Tarif 2012 in der Frei-

willigen Versicherung. Dieser Zinssatz ist unter Zugrundelegung des aktuellen Beitragsniveaus und der biometrischen Rahmenbedingungen zur langfristigen Finanzierung der Leistungsverpflichtung auskömmlich. Angesichts der langen Zeitdauer, über die sich die Leistungsverpflichtungen erstrecken, stellt eine anhaltende Unterschreitung dieser Zielverzinsung allerdings ein wesentliches Risiko dar, das sich in der aktuellen Niedrigzinsphase verstärkt. In diesem Falle müsste die Kasse in der Pflichtversicherung mit Beitrags- oder Sanierungsgeldanhebungen reagieren. Im Abrechnungsverband F besteht die Möglichkeit, auf eine nachhaltige Minderverzinsung der Kapitalanlagen mit einer Leistungsreduktion zu reagieren, wobei jedoch der Wert der eingezahlten Beiträge (Kapitalerhaltungsgarantie) nicht unterschritten werden darf.

Ziel der Kasse ist, die Kapitalanlagen so zu steuern, dass die Notwendigkeit dieser Anpassungsmechanismen minimiert wird. Wesentlich hierfür ist eine Ausrichtung der Anlagepolitik auf langfristig auskömmliche und stabile laufende Erträge. Stille Reserven in den Kapitalanlagen werden sowohl zur weiteren Ertragsstabilisierung als auch durch gezielte und dosierte Auflösung zur Ertragsverbesserung eingesetzt.

In den aktuellen Geschäftszahlen spiegelt sich das bei langfristiger Betrachtung virulente Zinsrisiko noch nicht wider. Sowohl in den Abrechnungsverbänden S und P als auch in der Freiwilligen Versicherung (Abrechnungsverband F) liegt die für 2014 erzielte Nettoverzinsung über der Zielgröße von 4,25 %.

### **Soziale Komponente**

Die Satzung sieht bei Eintritt des Leistungsfalles bei Erwerbsminderung vor dem 60. Lebensjahr eine Zurechnung vor. Diese soziale Komponente »Zurechnung bei Erwerbsminderung« ist nach der Gestaltung des neuen Systems im Rahmen des Punktemodells aus den Überschüssen zu finanzieren. Seit 2009 sind die sozialen Komponenten im Sinne eines vorsichtigen und transparenten Bewertungsansatzes in der versicherungstechnischen Rückstellung enthalten. Zum 31. Dezember 2014 haben sie ein Volumen von 78,6 Mio. €. Für die Gleichstellung von Zeiten des Mutterschutzes mit Beschäftigungszeiten (§ 36 a Änderungstarifvertrag Nr. 5 vom 30. Mai 2011 zum Tarifvertrag Altersversorgung – ATV vom 1. März 2002), liegen erst wenige aktualisierte Berechnungen vor. Deren Einfluss auf die Deckungsrückstellung ist entsprechend nur ungenau quantifizierbar.

### **Gesamtaussage zu den versicherungstechnischen Rückstellungen**

Die versicherungstechnischen Rückstellungen werden jährlich durch ein versicherungsmathematisches Gutachten ermittelt und durch den Verantwortlichen Aktuar überprüft und bestätigt. Darüber hinaus hat die Kasse weitere Instrumentarien implementiert um die Versicherungstechnischen Rückstellungen zu bewerten und deren

Entwicklung zu überwachen.

### **Verwaltungskosten**

Die Verwaltungskosten setzen sich aus Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb und aus Regulierungsaufwendungen zusammen. Der Verantwortliche Aktuar stellt für das Geschäftsjahr 2014 fest, dass die Verwaltungskostenansätze in Summe auskömmlich sind. Er regt aber an, die Kostenverteilung zwischen den Abrechnungsverbänden S und P zu überprüfen.

### **Ausfall von Forderungen gegenüber den Beteiligten**

Die Verantwortung für das Monitoring der Forderungen liegt bei den jeweiligen Fachabteilungen. Der Vorstand entscheidet über den Umgang mit größeren Forderungsausfällen, über Kleinere wird er umfassend und zeitnah informiert.

Das Forderungsausfallrisiko der Kasse liegt vor allem im Abrechnungsverband S und betrifft Sanierungsgeld und Ausgleichsbeträge. Die offenen Forderungen aus den Abrechnungsjahren 2009 bis 2012 betragen zum 31.12.2014 12.597 T€. Hinzu kommen 44.255 T€ aus dem Abrechnungsjahr 2013. Hierbei ist jedoch zu beachten, dass die Sanierungsgeldrechnungen planmäßig im Oktober 2014 verschickt wurden und dass erstmalig die monatliche Zahlweise angeboten wurde. Ein großer Teil der offenen Sanierungsgeldforderungen aus dem Abrechnungsjahr 2013 wird somit im Laufe des Jahres 2015 regulär getilgt.

Erstmalig wurden Wertberichtigungen in Höhe von 1.325 T€ im Jahresabschluss 2014 gebucht. Davon entfallen 515 T€ auf Einzelwertberichtigungen sowie 810 T€ auf eine Pauschalwertberichtigung in Höhe von 3 % der offenen Sanierungsgeldforderungen zum 31. Dezember 2014.

In den Verbänden P und F ist das Forderungsausfallrisiko gering, da Punktegutschriften zahlungsabhängig vorgenommen werden. Bei Rückforderungen aus überzahlten Renten handelt es sich regelmäßig um kleinere Beträge, die für die Kasse kein wesentliches Forderungsausfallrisiko darstellen. Gemäß dem kaufmännischen Vorsichtsprinzip werden bei drohenden Zahlungsausfällen rechtzeitig Wertberichtigungen vorgenommen.

## **Risiken aus Kapitalanlagen**

### **Kapitalanlagen**

Die Risiken setzen sich überwiegend aus den Bereichen Markt-, Bonitäts- und Liquiditätsrisiko zusammen. Marktrisiken entstehen vor allem durch Kurs-, Zins- und Währungsschwankungen. Für die Kapitalanlage der Kasse gelten gemäß § 54 der Satzung die Anlagegrundsätze des § 54 Versicherungsaufsichtsgesetz (VAG) und die Bestimmungen der Anlageverordnung (AnIV). Im Rahmen einer freiwilligen Selbstverpflichtung wenden wir die versicherungsaufsichtsrechtlichen Rund-

schreiben der BaFin an.

Interne Richtlinien und Anlagevorschriften für die unterschiedlichen Anlageklassen präzisieren die externen Grundsätze der Kapitalanlage. Angelegt wird das Kapital hauptsächlich in festverzinslichen Wertpapieren, Aktien, Immobilien, Realkredite und Beteiligungen. Die Anlagen werden regelmäßig hinsichtlich ihrer Risiken untersucht. Diese Risiken sind im Blickpunkt der für die jeweiligen Anlageklassen verantwortlichen Personen.

#### **Asset-Liability-Management-Studie**

Zentrales Element des Risikomanagements ist die regelmäßige Erstellung und Weiterentwicklung von ALM-Studien. Ziel dieser Analysen ist, die künftige Entwicklung von Verpflichtungen und Vermögensanlagen optimal aufeinander abzustimmen. Ausgehend vom bestehenden Anlageportfolio werden anhand von aktuariellen Projektionen und stochastischen Simulationen alternative Portfolios unter Beachtung bilanzieller Restriktionen und der durch die Passivseite gegebenen Renditeverpflichtungen analysiert. Ergebnis dieser Analysen sind neben dem strategischen Kapitalanlageportfolio Erwartungen und Streubreiten hinsichtlich der künftigen Entwicklung von Kennziffern aus Bilanz und GuV, Bewertungsreserven und erzielbaren Renditen. Die wesentlichen Handlungsoptionen der Anlagestrategie können somit hinsichtlich ihrer Rendite- und Risikokonsequenzen verdeutlicht werden. Als Renditemaß wird der Erwartungswert der Ergebnisgrößen und als Risikomaß die Ertragsschwelle herangezogen, die voraussichtlich einmal in zweihundert Jahren unterschritten wird.

Gemäß Rundschreiben 4/2011 der BaFin werden dem Vorstand u. a. konkrete Handlungsempfehlungen bzgl. der betrachteten Allokationen aufgezeigt und entsprechende Empfehlungen inkl. damit verbundener Risikoeinschätzung gegeben. Die Entscheidung über mögliche Maßnahmen trifft dann der Vorstand. Ein Regelprozess für die Erstellung einer jährlichen ALM-Studie wurde implementiert und in einer Verfahrensanweisung dokumentiert.

#### **BaFin-Stresstest**

Im Jahr 2014 wurde erneut der klassische Stresstest der BaFin (Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht) gerechnet. Dieser wird auf freiwilliger Basis erstellt. Mit dem Test wird die Wirkung krisenhafter Veränderungen des Kapitalmarktes auf die geforderte Kapitaldeckung simuliert. Der klassische Stresstest kann wegen der noch nicht erreichten Kapitaldeckung nicht bestanden werden. In einer modifizierten Form, wird deshalb die vorhandene Deckungslücke als zinslose Forderung gegenüber den Trägern behandelt. Zudem wird parallel dazu ein Vergleich zwischen dem vom Vorstand festgelegten minimalen Deckungsgrad zu Marktwerten und dem Deckungsgrad zu Marktwerten nach Stresstest vorgenommen. Ein positiver Saldo in diesem Vergleich bedeutet, dass der angestrebte Pfad bis zur vollständigen Kapitalde-

ckung auch unter widrigen Kapitalmarkteinflüssen eingehalten werden kann. Der Stresstest mit Deckungsgradvergleich ergibt durchgehend positive Salden für alle Stress-Szenarien, allerdings verringert sich der positive Saldo im Vergleich zum Vorjahr in den Verbänden P und F. Dieses weist auf zunehmende Risiken infolge der Niedrigzinsphase hin, die wegen der hohen Neuanlage besonders für die Verbände P und F bestehen.

Der Stresstest hilft, die Risikobereitschaft der Kasse zu definieren und wird Vorstand und Verwaltungsrat präsentiert. Die Ergebnisse und Konsequenzen aus dem Test finden Eingang in andere Planungen und Analysen (z. B. der ALM-Studie).

Parameter	Differenz DG nach Stress zu minimalen DG in %		
	Verband S	Verband P	Verband F
Ausgangswert: 31.12.2013	10,8	6,7	7,3
hochgerechneter Wert: 31.12.2014 ungestresst	9,9	6,7	6,3
isoliertes Rentenszenario: Renten –10 %	9,1	6,1	5,5
isoliertes Aktienszenario: Aktien –22 %	4,3	1,9	1,6
kombiniertes Renten- / Aktienszenario: Renten –5 % Aktien –15 %	5,9	3,2	2,9
kombiniertes Immobilien- / Aktienszenario: Immobilien –10 % Aktien –15 %	5,0	2,8	2,4

### Aktienmarktrisiko

Auf Basis aktuarieller Methoden und stochastischer Simulationen wird das strategische Kapitalanlageportfolio der Kasse optimiert. Unter Berücksichtigung der zu erzielenden hohen Zinsanforderung ergibt sich aus der ALM-Studie die Empfehlung einer Aktienquote von bis zu 26 %. Dies bedingt relativ hohe Aktienkursrisiken, wodurch die Risikotragfähigkeit bei starken Aktienmarktbebewegungen oder bei einem Aktienkursverfall nachhaltig geschwächt werden kann. Abschreibungen können die Bilanz und die Gewinn- und Verlustrechnung belasten. Für die Risikobeurteilung der KZVK ist zu berücksichtigen, dass ihr wegen der Struktur ihrer Beitragseinnahmen und Leistungsverpflichtungen noch über viele Jahre ein positiver Liquiditätsüberschuss aus der Versicherungstechnik sicher ist, sie also zur Zahlung der Versicherungsleistung über viele Jahre keine Kapitalanlagen außerplanmäßig veräußern muss. Dies hat einen sehr langen Anlagehorizont zur Folge mit nur geringen Liquiditätsrisiken und reduziert insbesondere das Risiko aus Wertschwankungen des Aktienportefeuilles.

Die Kasse hat insgesamt 24,1 % ihres Vermögens auf Zeitwertbasis in Aktien, sonstigen nicht festverzinslichen Anlagen und Beteiligungen investiert. Dabei werden Aktien nicht direkt, sondern nur über Fonds gehalten. Im Jahr 2014 war ein Teil des Aktienbestandes durch derivative Finanzinstrumente abgesichert. Der DRS 20 Anl. 2 sieht als Pflichtangabe für den Bereich Aktien einen wesentlichen simulierten Kursverlust auf den Zeitwert der Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren vor. Nachfolgende Tabelle zeigt die Auswirkungen eines 20 %igen Kurswertverlustes auf den Zeitwert. Eine Wertsicherungsstrategie wurde auch für das Jahr 2015 auf Basis der Zeitwerte umgesetzt.

Stresstest Aktienbestände, nicht festverzinsliche Wertpapiere und Beteiligungen	Gesamt	
	in Mio. €	in % der KA
Zeitwert	1.788	24,1
Wertverlust durch 20 %igen Kursverfall (inkl. Absicherung)	358	4,8
Zeitwert nach Wertverlust	1.430	19,3

#### Zinsänderungsrisiken

Die Kasse hat zum 31. Dezember 2014 67,5 % ihres Vermögens auf Zeitwertbasis in Zinstiteln investiert. Die Kasse hält auf Basis von Zeitwerten 43,9 % der festverzinslichen Wertpapiere und Ausleihungen im Direktbestand und 23,6 % innerhalb eines Dach-Masterfonds. Für den Fall deutlich ansteigender Zinsen ist die Kasse kurzfristig nicht unerheblichen Wertänderungsrisiken bei Zinstiteln ausgesetzt, die sich in einer Reduktion von Bewertungsreserven bis hin zu erforderlichen Abschreibungen bis auf den Nominalwert auswirken können. Auch die Wiederanlagezinsen haben erheblichen Einfluss auf die zukünftige Geschäftsentwicklung der Kasse. Sollte das Zinsniveau niedrig bleiben, können neu zufließende Mittel und die Wiederanlage auslaufender Wertpapiere nur zu niedrigeren Zinssätzen als in der Vergangenheit angelegt werden. In diesem Szenario sinkt die Durchschnittsverzinsung im Bestand kontinuierlich. Die näherungsweise über die Duration ermittelte Auswirkung einer simulierten Verschiebung der Zinskurve um einen Prozentpunkt nach oben oder nach unten auf den Zeitwert der festverzinslichen Wertpapiere und Ausleihungen finden sich in der nachfolgenden Tabelle:

Stresstest Zinsträgerbestand	Gesamt	
	in Mio. €	in % der KA
Zeitwert	5.003	67,5
Zeitwertverlust durch Zinsanstieg um 1 %-Punkt	393	5,3
Zeitwert nach Wertverlust	4.610	62,2
Zeitwertzuwachs durch Zinsabfall um 1 %-Punkt	393	5,3
Zeitwert nach Wertzuwachs	5.396	72,8

Bei langfristiger Betrachtung ist ein Zinsanstieg trotz der damit einhergehenden Zeitwertverluste wünschenswert. Langfristig niedrige Zinserträge verursachen auf Dauer deutlich höhere Belastungen.

### **Währungsrisiko**

Währungsrisiken sind Folge von Wechselkursschwankungen, die zu Zeitwertverlusten führen können. Da alle Verpflichtungen der Verbände in Euro zu leisten sind, wird das Kapital zur Begrenzung von Währungsrisiken überwiegend im Euroraum angelegt. Der Zeitwert der Anlagen in Fremdwährungen beträgt umgerechnet 1.292 Mio. € (17,4 %). Ein Verlust von 25 % (323 Mio. €) in allen gehaltenen Fremdwährungen würde das Volumen der Fremdwährungsanlagen auf 969 Mio. € (13,1 %) sinken lassen.

### **Immobilienrisiko**

Aus Gründen der Mischung und Streuung sowie der Generierung von relativ stabilen und teilweise inflationsgeschützten Erträgen gehören Immobilien zum Anlageuniversum der Kasse. Das gesamte Immobilien-Portfolio teilt sich in den Immobiliendirektbestand und Immobilienfonds auf. Der Zeitwert des Immobilienbestandes der KZVK beträgt 529,8 Mio. € und macht 7,2 % des Gesamtbestandes aus. Risiken ergeben sich aus der Möglichkeit negativer Marktwertveränderungen, höherer Kosten durch vermehrten Aufwand für Instandhaltung sowie sinkender Mieterträge etwa in Folge zunehmender Leerstände. Die KZVK begegnet diesen Risiken vor allem durch die Fokussierung auf Wohnimmobilien mit stabilen Erträgen und geringen Leerstandsquoten. Im Gegenzug wird der Anteil an gewerblich genutzten Immobilien, wo Mieterträge tendenziell stärker schwanken, bewusst klein gehalten.

### **Bonitätsrisiko**

Das Bonitätsrisiko umfasst das Risiko eines (Teil-)Ausfalls der Zahlungsverpflichtung eines Schuldners. Festverzinsliche Wertpapiere und sonstige Ausleihungen sind diesem Risiko ausgesetzt. Die KZVK begegnet diesen Risiken durch eine gezielte Steuerung der Verteilung der gesamten festverzinslichen Anlage auf Ratingklassen, wobei zur Ermittlung auf Ratings internationaler Agenturen zurückgegriffen und eine eigene Klassifizierung vorgenommen wird. Zur Risikosteuerung werden die Gesamtengagements pro Einzelemittent begrenzt, laufend überwacht und monatlich berichtet.

Die Kasse hält auf Zeitwertbasis 89,9 % ihrer Zinspapiere im Investment Grade Bereich. Das macht 61,3 % der gesamten Kapitalanlagen aus. Die folgenden Tabellen zeigen die Verteilung der Zinspapiere auf die externen Ratingklassen sowie auf die Schuldnergruppen bzw. Art der Emittenten. Zusätzlich werden die Volumina der Rentenpapiere von Staaten mit hoher Staatsverschuldung dargestellt.

Bonität nach Ratingklassen	Gesamt	
	in Mio. €	in % der KA
Investment Grade (AAA-BBB)	4.542	61,3
Non Investment Grade (BB-B)	478	6,5
Non Investment Grade (CCC-D)	25	0,3
Not rated	5	0,1
<b>Gesamt</b>	<b>5.050</b>	<b>68,2</b>

#### Darstellung nach Schuldnergruppen bzw. Art der Emittenten:

Übersicht Schuldnergruppen	Gesamt	
	in Mio. €	in % der KA
Staatsanleihen	635	8,6
staatsnahe/staatlich garantierte Zinsträger	1.362	18,4
verbriefte/gesicherte Zinsträger	545	7,4
Unternehmensanleihen	2.508	33,8
<b>Gesamt</b>	<b>5.050</b>	<b>68,2</b>

#### Darstellung der Länder mit hoher Staatsverschuldung:

Übersicht Länder mit hoher Staatsverschuldung	Gesamt	
	in Mio. €	in % der KA
Argentinien	2	<0,1
Irland	124	1,7
Italien	200	2,7
Russische Föderation	16	0,2
Slowenien	1	<0,0
Spanien	194	2,6
<b>Gesamt</b>	<b>537</b>	<b>7,3</b>

Latent ausfallbedrohte Wertpapiere werden gesondert und umfassend analysiert. Es befindet sich ein Wertpapier eines notleidenden Emittenten im Bestand der KZVK. Dieses wurde in der Vergangenheit abgeschrieben.

#### Liquiditätsrisiko

Das Liquiditätsrisiko ist definiert als das Risiko, die fälligen Verpflichtungen nicht jederzeit (fristgerecht) und uneingeschränkt begleichen zu können. Es entsteht durch Auszahlungsverpflichtungen oder den Ausfall von geplanten Einnahmen. Die Auswirkungen der laufenden Anlageplanung sowie bestehender Zahlungsverpflichtungen auf die Liquiditätssituation werden laufend analysiert und überwacht. Gegebenenfalls wird die Anlageplanung auf kurzfristige Veränderungen an-

gepasst. Die Kasse unterhält eine angemessene Liquiditätsreserve, die in der Regel einen Drei-Monats-Bedarf für die Kassenleistungen nicht übersteigen sollte.

Die Liquiditätsrisiken der Kasse sind gering. Wesentlich ist die insgesamt hohe Überdeckung von Beitragseinnahmen und planmäßigen Kapitalrückflüssen gegenüber den anstehenden Leistungsverpflichtungen, die auch in kommenden Jahren noch bestehen wird. Im Versicherungsgeschäft weist die Höhe der Zahlungsströme eine hohe Planungssicherheit aus, da die Beitragseinnahmen im Wesentlichen keinen nennenswerten Stornorisiken ausgesetzt sind und die Leistungsverpflichtungen aus vergleichsweise gut planbaren und stabilen demographischen Einflüssen resultieren.

### Operationale Risiken

Unter operationalen Risiken werden die Risiken von Verlusten aufgrund unzulänglicher oder fehlgeschlagener interner Prozesse aufgrund mitarbeiter- und systembedingter oder aber externer Vorfälle verstanden. Die Analyse und Überwachung obliegt sowohl dem Risikomanagement als auch der Internen Revision. Im Jahr 2014 wurde eine Aktualisierung des Notfallplans durchgeführt. Das Notfallmanagement beinhaltet präventive Planungen und vorbeugende Maßnahmen, um im Notfall (z. B. Ausfall des Gebäudes, von technischen Systemen, von Mitarbeitenden) über effektive Leitlinien zur Wiederherstellung der wesentlichen Prozesse und Abläufe zu verfügen.

#### IT-Risiko

Wesentliche operationale Risiken sind ein langandauernder Ausfall der EDV und/oder ein teilweiser oder vollständiger Datenverlust. Die Kasse verfügt zusammen mit der VKPB über ein eigenes Rechenzentrum, welches sich im 1. Stock des gemeinsam genutzten Bürogebäudes befindet. Es ist mit der üblichen Sicherheitstechnik (Firewall, Löschanlage, Notstromversorgung, ...) ausgestattet. Ein Backup-Raum befindet sich in einem separaten Brandabschnitt und beinhaltet eine asynchrone Spiegelung der Freigaben sowie Sicherung der Daten. Datensicherungen finden täglich statt. Einmal wöchentlich werden Sicherungsbänder in ein Bankschließfach ausgelagert.

Aufgrund einer Kooperation mit dem KVBW liegen wichtige Anwendungen und große Datenbestände im Rechenzentrum des Dienstleisters KIVBF. Allerdings erfolgt die Arbeit im KVBW-System über die Client-Server-Struktur der Kasse, so dass auch hier ein Leitungsausfall eine vorübergehende operative Unterbrechung bedeuten würde. Der KVBW verfügt über eine leistungsfähige Sicherheitsstruktur (redundante Datenhaltung, Ausweich-Rechenzentrum usw.).

Ein Großteil der Daten zu Kapitalanlagebeständen ist in der Master-KAG unabhängig von der eigenen Datenerfassung gedoppelt und könnte im Falle eines internen Datenausfalls zeitnah rekonstruiert werden.

**Rechtliche Risiken**

Die wesentlichen Rechtsrisiken betreffen Finanzierungsfragen der Kasse und den Komplex der Startgutschriften. Bei den Finanzierungsfragen handelt es sich um Rechtsstreitigkeiten bezüglich der Geltendmachung von Ausgleichsbeträgen bei Kündigungen des Beteiligungsverhältnisses durch diakonische Arbeitgeber und um Streitigkeiten über die Rechtmäßigkeit der Sanierungsgelderhebung.

Derzeit sind 9 Prozesse auf Zahlung eines Ausgleichsbetrages anhängig (Stand 31. Dezember 2014). Die Gesamtforderung der Kasse gegen alle 9 ehemaligen Beteiligten beläuft sich auf 5.472 T€. Die neuen Vorschriften der Kassensatzung in der Fassung der 13. Änderung, auf die die nunmehr anhängigen 9 Klagen gestützt werden, entsprechen den Anforderungen des BGH in den Urteilen vom 10. Oktober 2012 und vom 13. Februar 2013, da sie im Sinne dieser Entscheidungen angepasst worden sind. Daher ist mit überwiegender Wahrscheinlichkeit von einem für die Kasse positiven Ausgang dieser Verfahren zu rechnen.

Die Kasse hat gegen 8 säumige Beteiligte Klage bzw. Widerklage u. a. vor dem Landgericht Schwerin auf Zahlung des Sanierungsgeldes für die Abrechnungsjahre 2009 und 2010 erhoben (Stand 31. Dezember 2014). Die Höhe der geltend gemachten Forderungen beläuft sich auf insgesamt 432 T€. In 5 weiteren Fällen wurde die Kasse auf Rückzahlung bereits geleisteter Sanierungsgelder von Beteiligten verklagt. Die Rückzahlungsforderungen belaufen sich in diesen Verfahren auf 5.228 T€.

Mit dem 5. Änderungstarifvertrag zum ATV-K hatten die Tarifvertragsparteien die Vorgaben eines Urteils des Bundesgerichtshofs vom 14. November 2007 zu den Startgutschriften von rentenfernen Pflichtversicherten umgesetzt. Auch gegen diese Neuberechnung sind Klagen gegen die Versicherungsanstalt des Bundes und der Länder (VBL) erhoben und mit Urteil vom 18. Dezember 2014 vom OLG Karlsruhe positiv beschieden worden. Sollte der BGH die Rechtsprechung des OLG bestätigen, wären auch die Startgutschriftenberechnungen der Kasse unverbindlich. Nach einer erneuten Befassung der Tarifvertragsparteien mit dieser Materie müsste dann nochmals eine Überrechnung vorgenommen werden, die zu einer signifikanten Erhöhung der Deckungsrückstellung im Abrechnungsverband S führen könnte.

## Chancen der künftigen Entwicklung

Die Kirchliche Zusatzversorgungskasse Rheinland-Westfalen arbeitet seit 1998 in einer Organisationsgemeinschaft mit der Gemeinsamen Versorgungskasse für Pfarrer und Kirchenbeamte am Standort Dortmund zusammen. In dieser Organisationsgemeinschaft werden alle gleichartigen Aufgaben in einer Organisationseinheit erledigt. Dies gilt neben den administrativen Aufgaben insbesondere auch für den Bereich der Kapitalanlagen. Alle beitrags- und leistungsbezogenen Bereiche sind daneben aufgrund der Altersversorgungsmodelle der Beamten- bzw. Zusatzversorgung und der damit einhergehenden unterschiedlichen Anspruchsberechtigten nach wie vor getrennt organisiert. Die Organisationsgemeinschaft mit der VKPB bietet immer wieder Chancen, Synergieeffekte der Zusammenarbeit in vielen Bereichen der Geschäftstätigkeit der Kassen, für die Optimierung von Kosten als auch bei der Anlage von Kapital zu nutzen.

Gemeinsam haben die Kassen mittlerweile ein marktgewichtetes Kapitalanlagevolumen von mehr als 10 Mrd. € erreicht. Die Kassen haben damit eine Größenordnung, mit der sie in vielen Bereichen als marktrelevanter Partner wahrgenommen werden. Diese Entwicklung bietet die Chance, im Wettbewerb um attraktive Anlagemöglichkeiten ein im Vergleich zu kleineren Marktteilnehmern erweitertes Angebot zu erhalten. Zudem bedeutet die Organisationseinheit für beide Kassen verbesserte Ressourcen zur Prüfung dieser Angebote. Außerdem können volumenabhängige Anlagen ohne das Eingehen von Partnerschaften mit anderen Anlegern realisiert werden. Dies eröffnet auch Möglichkeiten zur Kostenoptimierung bei der Kontrahierung externer Dienstleistungen. Die Gebühren für Fondanlagen konnten so deutlich und dauerhaft reduziert werden. In manchen Bereichen können infolge der verbesserten Ressourcenausstattung Tätigkeitsfelder selbst ausgeführt werden, die kleinere Einrichtungen zu höheren Kosten auf externe Dienstleister ausgliedern müssen. Dies gilt etwa im Bereich der Immobilienverwaltung, wo die Eigenbewirtschaftung der Objekte Kostenvorteile gegenüber externen Verwaltern bietet. Im Ergebnis erwächst den Kassen hieraus unter Einhaltung ihrer Risikostrategie die Chance einer verbesserten Entwicklung der Vermögenserträge.

## Prognosebericht

### Rückblick Prognose 2014

Im Wesentlichen sind die im Geschäftsbericht 2013 dargestellten Prognosen für das Jahr 2014 wie dargelegt eingetreten. Dies gilt insbesondere für den Ausblick auf die Entwicklung der Kasse. Von einem weiteren Absinken des ohnehin schon historisch niedrigen Zinsniveaus und der guten Entwicklung der außereuropäischen Aktienmärkte wurden allerdings weite Teile der Kapitalmarktteilnehmer überrascht. Für die Kasse ergab sich daher in 2014 eine besser als erwartete Marktwertentwicklung der Kapitalanlagen und ein niedriger als erwarteter Neuanlagezins.

### Konjunktur im Jahr 2015

Das übergeordnete Bild der globalen Wirtschaft ist durch hohe Staatsverschuldungen, extrem expansive Geldpolitiken und ausstehende strukturelle Reformen gekennzeichnet.

Weltweit rechnet der Internationale Währungsfonds (IMF) in 2015 mit einem Wachstum von 3,5 %, wobei die Divergenz zwischen den Regionen hoch bleiben soll. In den USA könnte die Konjunktur, gestützt durch einen ansteigenden Binnenkonsum, niedrige Rohstoffpreise und Kapitalinvestitionen, in einen selbsttragenden Aufschwung mit einem Wirtschaftswachstum von über 3,0 % übergehen. In Europa scheint die Gefahr einer systemischen Eurokrise, infolge des durch die EZB gespannten Sicherheitsnetzes, zunächst gebannt. Die Konjunktur kommt jedoch nur schleppend in Fahrt. Zwar wird für Spanien, Portugal und Irland in 2015 von einer Wachstumsrate von deutlich oberhalb 1 % ausgegangen, Italien und Frankreich werden aber wahrscheinlich weiter mit rezessiven Tendenzen kämpfen. Das deutsche Bruttoinlandsprodukt dürfte unterstützt durch niedrige Energiepreise und den schwachen Euro um rund 1,3 %-Punkte wachsen. China wird möglicherweise auch im kommenden Jahr gezielt niedrigere Wachstumsraten ansteuern. In den anderen Entwicklungsländern ist mit deutlich divergierenden wirtschaftlichen Entwicklungen zu rechnen. Während Importländer von niedrigen Rohstoffpreisen profitieren sollten, könnten die Ökonomien von Rohstoffexporteuren Einbrüche erfahren. Insgesamt geht der IMF von einem rückläufigen Wachstum in den Entwicklungsländern von 4,3 % aus.

### Rentenmärkte im Jahr 2015

Im Eurogebiet geht die Kasse angesichts des geringen Wachstums von weiterhin niedrigen Zinsen aus. So dürfte die EZB die ultraexpansive Geldpolitik angesichts niedriger Inflation aufrechterhalten. Entsprechend könnte auch in 2015 zwischen Europa und den USA die deutliche Zinsdifferenz weiter bestehen.

### Entwicklung der Gesamtwirtschaft und der Kapitalmärkte

## Ausblick auf die Entwicklung der Kasse

### Aktienmärkte im Jahr 2015

In dem erwarteten anhaltenden Niedrigzinsumfeld und unter expansiven Notenbanken dürften vielerorts Aktien trotz zunehmender Rückschlagsrisiken im Vergleich zu Renten mittelfristig die attraktivere Anlagealternative darstellen.

Für Prognosen von Kapitalmarktrenditen greift die Kasse auf Studien zu langfristig beobachteten Risikoprämien zurück. Zur Beurteilung von Wertschwankungsrisiken werden am Markt verfügbare Statistikpakete verwendet, die auf historische Wertschwankungen und die Wechselwirkungen zwischen verschiedenen Anlagen aufbauen. Zudem werden Prognosen durch gezielte Szenarien ergänzt, die für die Kassen zu besonders kritischen Geschäftsverläufen führen können.

### Versicherungsgeschäft

Die Zahl der Beteiligten der Kasse ist seit Jahren nahezu stabil und sollte sich auch in 2015 nur marginal verändern. Für die Versicherungsverhältnisse ist eine differenzierte Entwicklung zu erwarten. Weiter stark wachsen wird die Zahl der beitragsfrei Versicherten. Auch der Bestand an Pflichtversicherungen sollte im Kontext mit der allgemeinen Entwicklung im Gesundheitswesen und deren Einfluss auf die Beschäftigungssituation im diakonischen Bereich weiterhin leicht wachsen. Im Bereich der Freiwilligen Versicherung gehen wir für den neuen Tarif 2012 von einem moderaten Wachstum aus, während sich der geschlossene Tarif 2002 im Wesentlichen nur noch durch Abgänge in die Leistungsphase oder Beitragsfreistellungen verändern dürfte. Diese Entwicklungen im Bereich der Versicherungsverhältnisse werden in Verbindung mit der bereits für den 1. Juli 2015 beschlossenen Anpassung der Entgelte und dem Zufluss weiterer satzungsgemäßer Erträge voraussichtlich zu einem leichten Anstieg der Beiträge führen.

Im Bereich der Betriebsrenten wird sich der kontinuierliche Zuwachs an Leistungsempfängern weiter fortsetzen. Dadurch, und wegen der Anpassung der Renten in Höhe von einem Prozent zum 1. Juli eines jeden Jahres werden die Aufwendungen für Versicherungsfälle planmäßig zunehmen.

### Vermögensentwicklung

Durch den Zufluss von Beiträgen und den geringeren Abfluss von Rentenleistungen in Verbindung mit einem Überschuss aus der Kapitalanlagetätigkeit werden die Kapitalanlagen insgesamt weiter kontinuierlich anwachsen. Dies steht unter der Annahme, dass sich die Kapitalmärkte nicht deutlich negativ entwickeln. Bei der Bemessung der Deckungsrückstellung sind aus heutiger Sicht keine Sonderfaktoren zu berücksichtigen. Das Jahresergebnis 2014 war durch gute Kapitalerträge begünstigt. Unter der Annahme, dass sich die Kapitalerträge in 2015 wieder näher am Rechnungszins bewegen, erwarten wir für 2015 ein positives aber niedrigeres Jahresergebnis als in 2014. Der Jahresüberschuss wird weiterhin wie geplant für die kontinuierli-

che Reduzierung des nicht durch Eigenkapital gedeckten Fehlbetrages verwendet bzw. im Bereich der Freiwilligen Versicherung zur weiteren Dotierung der Verlustrücklage und der Rückstellung für Leistungsverbesserungen eingesetzt.

Seit dem 1. Januar 2015 sind keine Vorgänge von besonderer Bedeutung eingetreten, von denen wir einen wesentlichen Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Kasse erwarten.

### Nachtragsbericht



## Jahresabschluss

Bilanz zum 31. Dezember 2014

Gutachterliche Bestätigung des Verantwortlichen Aktuars

Gewinn- und Verlustrechnung

**Bilanz zum 31. Dezember 2014**

Aktivseite	31.12.2014	31.12.2013
	€	€
<b>B. Immaterielle Vermögensgegenstände</b>	<b>709.717,63</b>	<b>881.080,91</b>
<b>I. Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten</b>	<b>687.373,00</b>	<b>674.831,00</b>
<b>IV. Geleistete Anzahlungen</b>	<b>22.344,63</b>	<b>206.249,91</b>
<b>C. Kapitalanlagen</b>	<b>6.248.391.672,39</b>	<b>5.836.051.722,62</b>
<b>I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken</b>	<b>254.028.480,47</b>	<b>245.741.022,71</b>
<b>II. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen</b>	<b>38.616.201,00</b>	<b>34.116.302,00</b>
3. Beteiligungen	38.616.200,00	34.116.300,00
4. Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	1,00	2,00
<b>III. Sonstige Kapitalanlagen</b>	<b>5.955.746.990,92</b>	<b>5.556.194.397,91</b>
1. Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	3.182.993.402,42	2.980.321.901,21
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	1.456.359.743,27	1.339.655.412,58
3. Hypotheken-, Grundschul- und Rentenschuldforderungen	248.790.151,64	242.279.914,33
4. Sonstige Ausleihungen	1.030.848.693,59	904.182.169,79
<i>a) Namensschuldverschreibungen</i>	<i>563.733.749,02</i>	<i>448.391.559,37</i>
<i>b) Schuldscheinforderungen und Darlehen</i>	<i>466.734.944,57</i>	<i>455.410.610,42</i>
<i>c) Übrige Ausleihungen</i>	<i>380.000,00</i>	<i>380.000,00</i>
5. Einlagen bei Kreditinstituten	31.625.000,00	84.625.000,00
6. Andere Kapitalanlagen	5.130.000,00	5.130.000,00
<b>E. Forderungen</b>	<b>157.893.657,23</b>	<b>117.185.914,94</b>
<b>I. Forderungen aus dem Versicherungsgeschäft</b>	<b>148.559.935,06</b>	<b>99.289.501,71</b>
1. Aus Beiträgen/Umlagen	139.496.971,14	98.818.057,66
2. Aus Überleitungen	3.448.778,12	369.540,64
3. Sonstige Forderungen aus dem Versicherungsgeschäft	5.614.185,80	101.903,41
<b>IV. Sonstige Forderungen</b>	<b>9.333.722,17</b>	<b>17.896.413,23</b>
1. Aus der Grundstücksverwaltung	7.889.054,28	14.029.629,47
2. Aus dem Darlehensbereich	502.900,78	406.677,53
3. Aus dem Verwaltungs- und Vermögensbereich	941.767,11	3.460.106,23
<b>F. Sonstige Vermögensgegenstände</b>	<b>113.022.256,79</b>	<b>125.599.582,88</b>
<b>I. Sachanlagen und Vorräte</b>	<b>1.116.179,80</b>	<b>1.211.601,80</b>
1. Sachanlagen	1.091.354,00	1.186.776,00
2. Vorräte	24.825,80	24.825,80
<b>II. Laufende Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks und Kassenbestand</b>	<b>90.325.908,01</b>	<b>103.468.043,58</b>
<b>III. Andere Vermögensgegenstände</b>	<b>21.580.168,98</b>	<b>20.919.937,50</b>
<b>G. Rechnungsabgrenzungsposten</b>	<b>70.813.539,57</b>	<b>65.885.129,94</b>
<b>I. Abgegrenzte Zinsen und Mieten</b>	<b>55.862.626,48</b>	<b>56.331.262,05</b>
<b>II. Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten</b>	<b>14.950.913,09</b>	<b>9.553.867,89</b>
<b>K. Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag</b>	<b>1.151.625.944,73</b>	<b>1.265.850.450,16</b>
<b>Summe der Aktiva</b>	<b>7.742.456.788,34</b>	<b>7.411.453.881,45</b>

Die Gliederung der Bilanz erfolgt nach dem Formblatt der RechVersV. Positionen mit einem Wert von 0 € werden nicht dargestellt.

Passivseite	31.12.2014	31.12.2013
	€	€
<b>A. Eigenkapital</b>	<b>3.682.165,20</b>	<b>3.028.992,11</b>
III. Verlustrücklage gemäß § 57 der Satzung	3.682.165,20	3.028.992,11
<b>E. Versicherungstechnische Rückstellungen</b>	<b>7.706.165.262,63</b>	<b>7.373.374.061,00</b>
II. Deckungsrückstellung	7.704.899.697,00	7.372.093.821,00
VI. Sonstige versicherungstechnische Rückstellungen	1.265.565,63	1.280.240,00
<b>G. Andere Rückstellungen</b>	<b>13.068.525,04</b>	<b>15.156.191,80</b>
I. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	1.732.830,70	1.586.572,91
III. Sonstige Rückstellungen	11.335.694,34	13.569.618,89
<b>I. Andere Verbindlichkeiten</b>	<b>19.450.924,77</b>	<b>19.815.730,67</b>
I. Verbindlichkeiten aus dem Versicherungsgeschäft	1.535.804,60	2.194.009,14
1. Aus noch abzurechnenden Überleitungen	1.366.461,07	2.113.814,60
2. Sonstige Verbindlichkeiten aus dem Versicherungsgeschäft	169.343,53	80.194,54
IV. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	8.314.020,94	8.439.270,98
V. Sonstige Verbindlichkeiten	9.601.099,23	9.182.450,55
1. Aus der Grundstücksverwaltung	8.804.722,07	8.238.561,42
2. Aus dem Darlehensbereich	258.195,25	184.324,20
3. Aus dem Verwaltungs- und Vermögensbereich	538.181,91	759.564,93
<i>Davon noch abzuführende Lohn- und Kirchensteuer</i>	<i>132.448,92</i>	<i>120.174,87</i>
<b>K. Rechnungsabgrenzungsposten</b>	<b>89.910,70</b>	<b>78.905,87</b>
<b>Summe der Passiva</b>	<b>7.742.456.788,34</b>	<b>7.411.453.881,45</b>

## Gutachterliche Bestätigung des Verantwortlichen Aktuars

Die Kirchliche Zusatzversorgungskasse Rheinland-Westfalen (nachfolgend kurz »KZVK« genannt) hat mir, dem Verantwortlichen Aktuar, den Auftrag erteilt,

- a. die Finanzlage der Kasse daraufhin zu überprüfen, ob die dauernde Erfüllbarkeit der eingegangenen Verpflichtungen gewährleistet ist (§ 6 Abs. 1 KZVK-Satzung),
- b. die Überschüsse auf der Grundlage einer versicherungstechnischen Bilanz zu ermitteln und Vorschläge für die Verwendung dieser Überschüsse vorzulegen (§ 6 Abs. 3 KZVK-Satzung).

Den nachfolgenden Untersuchungen liegen die Ergebnisse des versicherungsmathematischen Gutachtens der Heubeck AG vom 17. März 2015 zur Bestimmung der Deckungsrückstellung zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2014 zugrunde. Hierauf wird im Einzelnen verwiesen.

Im Hinblick auf die dauernde Erfüllbarkeit der Verpflichtungen der Kasse bleibt im Ergebnis folgendes festzuhalten:

**Abrechnungsverband S:** Zur Schließung der Deckungslücke erhebt die KZVK bis zur Erreichung der vollständigen Kapitaldeckung ein Sanierungsgeld. Selbst wenn das Ziel, die Deckungslücke bis 2030 zu schließen, angesichts der anhaltenden Niedrigzinsphase nicht erreicht werden sollte, sehen wir die dauernde Erfüllbarkeit der Leistungen dadurch in der Substanz nicht gefährdet.

**Abrechnungsverband P:** Zusammen mit dem aktuellen Beitragsatz von 4,8 % ist eine Verzinsung des vorhandenen Vermögens von 4,25 % zur dauerhaften Finanzierung der Leistungen erforderlich. Allerdings ist davon auszugehen, dass bei einer länger anhaltenden Niedrigzinsperiode selbst eine Verzinsung von 4,0 % nicht mehr nachhaltig erreicht werden kann. Wir empfehlen, für diesen Fall mögliche Konsolidierungsmaßnahmen zu prüfen.

**Abrechnungsverband F:** Die dauernde Erfüllbarkeit der Verpflichtungen ist aus aktuarieller Sicht gewährleistet.

Köln, den 17. März 2015

**Der Verantwortliche Aktuar**

**Dr. Friedemann Lucius**  
(Aktuar DAV / Sachverständiger IVS)

## Gewinn- und Verlustrechnung

1. Januar bis 31. Dezember 2014

	2014	2013
	€	€
<b>I. Versicherungstechnische Rechnung</b>		
<b>1. Beiträge und sonstige satzungsmäßige Erträge</b>	<b>395.408.708,33</b>	<b>371.483.701,84</b>
a) Aus Beiträgen (Umlagen) Pflichtversicherung	269.916.647,72	258.056.952,07
b) Aus Beitragsüberleitungen	26.280.525,94	20.562.820,01
c) Aus anderen satzungsmäßigen Erträgen	86.489.700,88	79.852.302,94
d) Aus Freiwilliger Versicherung	12.721.833,79	13.011.626,82
<b>2. Erträge aus Kapitalanlagen</b>	<b>343.304.301,13</b>	<b>330.980.696,39</b>
a) Erträge aus Beteiligungen	3.145.561,35	1.530.000,00
b) Erträge aus anderen Kapitalanlagen	314.030.662,84	306.830.713,49
aa) Erträge aus Grundstücken, grundstücksgleichen Rechten und Bauten einschließlich Bauten auf fremden Grundstücken	27.693.721,64	28.394.601,31
bb) Erträge aus anderen Kapitalanlagen	286.336.941,20	278.436.112,18
c) Erträge aus Zuschreibungen	1.421.205,30	3.614.166,60
d) Gewinne aus dem Abgang von Kapitalanlagen	24.706.871,64	19.005.816,30
<b>6. Aufwendungen für Versicherungsfälle</b>	<b>264.415.600,37</b>	<b>256.548.080,15</b>
a) Alters- und Erwerbsminderungsrenten	219.594.657,45	213.688.386,24
b) Hinterbliebenenrenten	14.908.214,50	14.354.144,00
c) Abfindungen	111.655,98	108.053,39
d) Versorgungsausgleich	274.708,90	264.099,89
e) Beitragsüberleitungen	26.408.492,66	25.356.398,25
f) Andere satzungsmäßige Aufwendungen	115.201,24	73.961,33
g) Regulierungsaufwendungen	3.002.669,64	2.703.037,05
<b>7. Veränderung der versicherungstechnischen Rückstellungen</b>	<b>332.848.201,63</b>	<b>321.617.708,00</b>
a) Deckungsrückstellung	332.805.876,00	321.614.968,00
b) Rückstellung für Leistungsverbesserung	42.325,63	2.740,00
<b>9. Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb</b>	<b>4.373.424,88</b>	<b>4.103.628,32</b>
<b>10. Aufwendungen für Kapitalanlagen</b>	<b>21.729.858,18</b>	<b>25.772.637,09</b>
a) Für die Verwaltung von Kapitalanlagen	16.270.416,37	13.918.093,68
b) Aus Abschreibungen auf Kapitalanlagen	5.270.175,68	11.745.113,37
c) Verluste aus dem Abgang von Kapitalanlagen	189.266,13	109.430,04
<b>12. Sonstige versicherungstechnische Aufwendungen</b>	<b>59.800,44</b>	<b>59.208,30</b>
<b>13. Versicherungstechnisches Ergebnis</b>	<b>115.286.123,96</b>	<b>94.363.136,37</b>
<b>II. Nichtversicherungstechnische Rechnung</b>		
<b>1. Sonstige Erträge</b>	<b>53.821,28</b>	<b>70.132,89</b>
<b>2. Sonstige Aufwendungen</b>	<b>462.266,72</b>	<b>473.438,77</b>
<b>3. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit</b>	<b>114.877.678,52</b>	<b>93.959.830,49</b>
<b>11. Jahresüberschuss</b>	<b>114.877.678,52</b>	<b>93.959.830,49</b>
<b>12. Einstellung in die Verlustrücklage gemäß § 57 der Satzung</b>	<b>653.173,09</b>	<b>585.896,63</b>
<b>13. Verrechnung mit dem nicht durch Eigenkapital gedeckten Fehlbetrag</b>	<b>114.224.505,43</b>	<b>93.373.933,86</b>
<b>Bilanzgewinn / -verlust</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>

Die Gliederung der Gewinn- und Verlustrechnung erfolgt nach dem Formblatt der RechVersV. Positionen mit einem Wert von 0 € werden nicht dargestellt.



## Anhang

Allgemeine Angaben und Erläuterungen zum Jahresabschluss  
Erläuterungen zur Bilanz  
Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung  
Organe

## Allgemeine Angaben und Erläuterungen zum Jahresabschluss

### Allgemeine Angaben

Die Gliederung des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2014 erfolgte entsprechend den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und gemäß den Formvorschriften (Formblätter) der Verordnung über die Rechnungslegung von Versicherungsunternehmen (RechVersV).

### Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Die Bewertung der im Jahresabschluss zum 31. Dezember 2014 ausgewiesenen Vermögensgegenstände und Schulden erfolgt vollständig nach handelsrechtlichen Vorschriften und unter Berücksichtigung der für Versicherungsunternehmen geltenden Regelungen.

Die Kapitalanlagen sind grundsätzlich dem Anlagevermögen zugeordnet, da sie dem Geschäftsbetrieb auf Dauer dienen sollen. Eine Abschreibung auf den niedrigeren beizulegenden Wert erfolgt daher nur bei einer voraussichtlich dauernden Wertminderung.

Aktivseite	
Bilanzposten	Bewertung
<b>B. Immaterielle Vermögensgegenstände</b>	Anschaffungs- oder Herstellungskosten, vermindert um die planmäßigen Abschreibungen bzw. niedrigerer beizulegender Wert (§ 341 b Abs. 1 i. V. m. § 253 Abs. 3 HGB)
<b>C. Kapitalanlagen</b>	
I. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	Anschaffungs- oder Herstellungskosten, vermindert um die planmäßigen Abschreibungen bzw. außerordentliche Abschreibungen auf den niedrigeren beizulegenden Wert (§ 341 b Abs. 1 i.V.m. § 253 Abs. 3 HGB) Auf alle bebauten Grundstücke werden lineare Abschreibungen über die Restnutzungsdauer vorgenommen, wobei die planmäßige Nutzungsdauer bei Wohnbauten 80 Jahre und bei Geschäftsbauten 50 Jahre beträgt.
II. Kapitalanlagen in verbundene Unternehmen und Beteiligungen	Anschaffungskosten bzw. niedrigerer beizulegender Wert (§ 341 b Abs. 1 i.V.m. § 253 Abs. 3 HGB)
III. Sonstige Kapitalanlagen	
1. Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	Anschaffungskosten bzw. niedrigerer beizulegender Wert nach § 341 b Abs. 2 HGB i. V. m. § 253 Abs. 3 HGB Voraussichtlich dauerhafte Wertminderungen werden in Anlehnung an die im IDW RS VFA 2 sowie in der 149. und 176. Sitzung des VFA festgelegten Kriterien bestimmt.
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	Anschaffungskosten bzw. niedrigerer beizulegender Wert nach § 341 b Abs. 2 HGB i. V. m. § 253 Abs. 3 HGB Voraussichtlich dauerhafte Wertminderungen werden in Anlehnung an die im IDW RS VFA 2 sowie in der 149. und 176. Sitzung des VFA festgelegten Kriterien bestimmt.
3. Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen	Nennbetrag abzüglich Tilgungen, Einzel- und Pauschalwertberichtigungen (§ 341 b Abs. 1 i.V.m. § 253 Abs. 3 HGB)

4. Sonstige Ausleihungen	Nominalbeträge abzüglich eventueller Tilgungen; bei erworbenen Schuldscheindarlehen Anschaffungskosten abzüglich der Amortisierung von Agios (§ 341 c Abs. 3 HGB); Namensschuldverschreibungen werden mit dem Nennwert gemäß § 341 c Abs. 1 HGB angesetzt. Agjobeträge werden aktivisch abgegrenzt und linear über die Laufzeit verteilt. Voraussichtlich dauerhafte Wertminderungen werden in Anlehnung an die im IDW RS VFA 2 sowie in der 149. und 176. Sitzung des VFA festgelegten Kriterien bestimmt.
5. Einlagen bei Kreditinstituten	Nominalbeträge (§ 253 Abs. 1 HGB)
6. Andere Kapitalanlagen	Nominalbeträge (§ 253 Abs. 1 HGB)
<b>E. Forderungen</b>	
I. Forderungen aus dem Versicherungsgeschäft	Nominalbeträge abzüglich Wertberichtigungen (§ 253 Abs. 1 und 4 HGB)
IV. Sonstige Forderungen	Nominalbeträge abzüglich Wertberichtigungen (§ 253 Abs. 1 und 4 HGB)
<b>F. Sonstige Vermögensgegenstände</b>	
I. Sachanlagen und Vorräte	Anschaffungs- oder Herstellungskosten, vermindert um die planmäßigen Abschreibungen bzw. niedrigerer beizulegender Wert (§ 255 i.V.m. § 253 Abs. 3 HGB)
II. Laufende Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks und Kassenbestand	Nennwerte (§ 253 Abs. 1 HGB)
III. Andere Vermögensgegenstände	Nominalbeträge (§ 253 Abs. 1 HGB)
<b>G. Rechnungsabgrenzungsposten</b>	
I. Abgegrenzte Zinsen und Mieten	Nominalbeträge (§ 250 Abs. 1 HGB)
II. Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten	Nominalbeträge; Agjobeträge auf Namensschuldverschreibungen werden linear über die Wertpapierlaufzeit amortisiert (§ 341 c Abs. 2 HGB).

<b>Passivseite</b>	
Bilanzposten	Bewertung
<b>A. Eigenkapital</b>	Satzungsgemäße Einstellung in die Verlustrücklage auf Basis versicherungsmathematischer Berechnungen
<b>E. Versicherungstechnische Rückstellungen</b>	
II. Deckungsrückstellung	Bewertung nach versicherungsmathematischen Grundsätzen (vgl. Erläuterungen zur Bilanz)
VI. Sonstige versicherungstechnische Rückstellungen	Die Rückstellung für Leistungsverbesserung wird gemäß dem Vorschlag des Verantwortlichen Aktuars gebildet, die Bewertung der übrigen versicherungstechnischen Rückstellungen erfolgt nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung.

Fortsetzung nächste Seite

Passivseite	
Bilanzposten	Bewertung
<b>G. Andere Rückstellungen</b>	
I. Rückstellung für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	Bewertung gemäß § 253 HGB; Anwendung der Projected Unit Credit-Methode unter Verwendung eines Rechnungszinses von 4,53 %, Anwendung der Richttafeln 2005 G mit 20 Jahren Generationenverschiebung und 90 % Rentnersterblichkeit, Berücksichtigung künftiger Gehalts- und Rententrends durch eine jährliche Dynamik von 2 % sowie einer Fluktuation von 1 % p. a.
III. Sonstige Rückstellungen	Bewertung nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung gemäß § 253 Abs. 1 HGB. Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr werden gemäß den Vorschriften des § 253 Abs. 2 HGB abgezinst.
<b>I. Andere Verbindlichkeiten</b>	Rückzahlungsbetrag (§ 253 Abs. 1 HGB)
<b>K.Rechnungsabgrenzungsposten</b>	Nominalbeträge (§ 250 Abs. 2 HGB)

### Änderung in den Bilanzierungs- und Bewertungsgrundlagen

In den Bilanzierungs- und Bewertungsgrundlagen haben sich im Berichtsjahr keine wesentlichen Änderungen ergeben.

### Sonstige Angaben

Die Mitarbeitenden der Kasse erhalten eine betriebliche Altersversorgung in Form einer zusätzlichen Rente auf Basis der kirchlichen Regelungen für die Zusatzversorgung. Dabei handelt es sich um eine leistungsorientierte Leistungszusage. Die Kasse ist zu diesem Zweck bei der Kirchlichen Zusatzversorgungskasse Rheinland-Westfalen (KZVK) – also bei sich selbst – beteiligt, um auf Basis der eingezahlten Beiträge die zugesagte Leistung zu erbringen. Die Höhe der Beiträge orientiert sich für jeden Mitarbeitenden an dessen zusatzversorgungspflichtigem Entgelt nach den Satzungsregelungen der KZVK. Auf Basis dieses Zusatzversorgungspflichtigen Entgelts ist ein Beitrag von 4,8 % zu entrichten, an dem seit dem 01. Juni 2012 jeder Arbeitnehmer einen Eigenanteil von 0,3 Prozentpunkten trägt. Insgesamt sind im Jahr 2014 Beiträge in Höhe von 338 T€ gezahlt worden. Die Summe der zusatzversorgungspflichtigen Entgelte betrug 6.977 T€. Darüber hinaus wurde im Jahr 2014 Sanierungsgeld für das Abrechnungsjahr 2013 in Höhe von 85 T€ gezahlt.

#### Angaben gemäß § 285 Nr. 1 HGB

Von den zum 31.12.2014 ausgewiesenen Verbindlichkeiten haben insgesamt 7.667 T€ eine Restlaufzeit von mehr als 5 Jahren (Wohnungsbau-Förderdarlehen).

#### Angaben gemäß § 285 Nr. 3a und 27 HGB

Es bestehen Einzahlungsverpflichtungen aus den Private Equity Investments (»Commitments«) in Höhe von 21.425 T€ sowie Abnahmeverpflichtungen der Kasse aus einer im Bestand befindlichen Multitranchen in Höhe von 30.000 T€. Aus dem Bauträgervertrag für ein derzeit im Bau befindliches Neubauprojekt im Kapitalanlagenbereich Liegen-

schaften resultieren zum Bilanzstichtag Zahlungsverpflichtungen in Höhe von 19.692 T€, aus Hypotheken- und Schuldscheindarlehenverträgen in Höhe von 6.140 T€ sowie aus einem EDV-Kooperationsvertrag in Höhe von 1.620 T€. Darüber hinaus existieren geringfügige sonstige finanzielle Verpflichtungen aus Dienstleistungsverträgen.

**Angaben gemäß § 285 Nr. 9 HGB**

Die Kasse macht von dem Wahlrecht auf Unterlassen der Angabe über Bezüge des Vorstandes und dessen ehemaligen Mitgliedern gemäß der Schutzklausel des § 286 Abs. 4 HGB Gebrauch.

**Angaben gemäß § 285 Nr. 17 HGB**

Im Berichtsjahr sind der Kasse Aufwendungen durch den Abschlussprüfer Ernst & Young GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Köln in Höhe von 89 T€ entstanden, die das voraussichtliche Honorar (inkl. Reisekosten und Umsatzsteuer) für die Jahresabschlussprüfung 2014 betreffen.

**Angaben gemäß § 285 Nr. 21 HGB**

Wesentliche Geschäftsbeziehungen zu nahestehenden Personen bestehen lediglich gegenüber der Gemeinsamen Versorgungskasse für Pfarrer und Kirchenbeamte (VKPB), Dortmund. Beide Kassen stehen unter der Leitung personenidentischer Vorstände und bedienen sich hinsichtlich der übergeordneten Verwaltungsfunktionen der Mitarbeitenden, die in Personalunion für beide Kassen zuständig sind. Die hierfür anfallenden Verwaltungskosten werden zwischen beiden Kassen in einem angemessenen Verhältnis geteilt. Mit der VKPB wurden keine Geschäfte getätigt, die nicht zu marktüblichen Bedingungen zustande gekommen sind.

**Angaben gemäß § 52 Nr. 1a RechVersV**

Der Bilanzwert der von der Kasse im Rahmen ihrer Tätigkeit genutzten eigenen Grundstücke und Bauten beträgt 5.729 T€.

## Erläuterungen zur Bilanz Aktivseite

### Entwicklung der immateriellen Vermögensgegenstände im Geschäftsjahr 2014 konsolidiert

	Bilanzwerte	Zugänge	Umbuchungen	Zuschreibungen	Abgänge	Abschreibungen	Bilanzwerte
	01.01.2014						31.12.2014
	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€
<b>B. Immaterielle Vermögensgegenstände</b>	<b>881,1</b>	<b>423,6</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>	<b>227,1</b>	<b>367,8</b>	<b>709,7</b>
I. Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	674,8	380,4	0,0	0,0	0,0	367,8	687,4
IV. Geleistete Anzahlungen	206,2	43,2	0,0	0,0	227,1	0,0	22,3

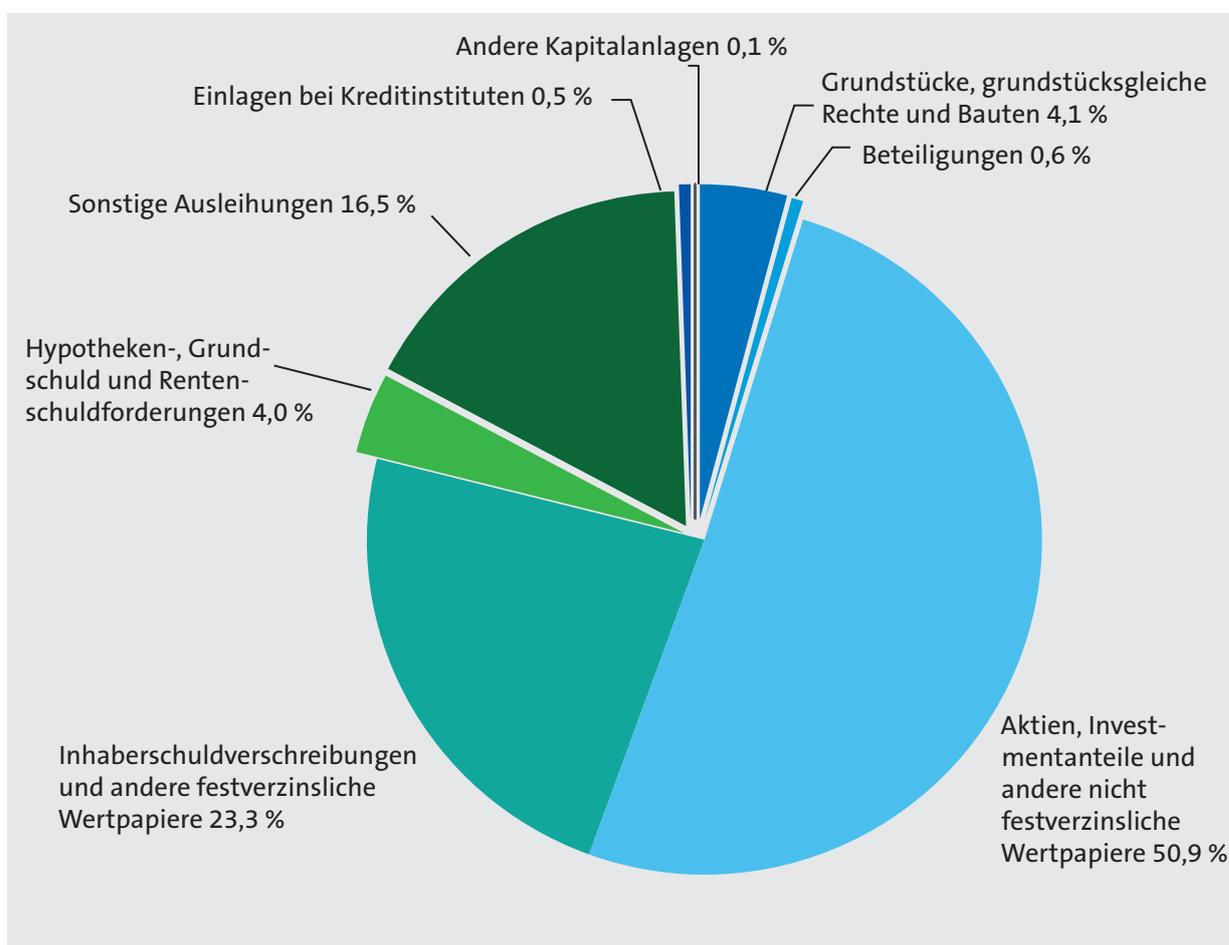
### Entwicklung der Kapitalanlagen im Geschäftsjahr 2014 konsolidiert

	Bilanzwerte	Zugänge	Umbuchungen	Zuschreibungen	Abgänge	Abschreibungen	Bilanzwerte
	01.01.2014						31.12.2014
	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€
<b>CI. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken</b>	<b>245.741,0</b>	<b>12.223,7</b>	<b>0,0</b>	<b>577,9</b>	<b>0,0</b>	<b>4.514,1</b>	<b>254.028,5</b>
II. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen	34.116,3	4.500,0	0,0	0,0	0,1	0,0	38.616,2
3. Beteiligungen	34.116,3	4.500,0	0,0	0,0	0,1	0,0	38.616,2
4. Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
III. Sonstige Kapitalanlagen	5.556.194,4	698.271,8	0,0	360,0	298.724,2	355,0	5.955.747,0
1. Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	2.980.321,9	227.995,4	0,0	0,0	25.323,9	0,0	3.182.993,4
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	1.339.655,4	349.561,0	0,0	360,0	232.861,6	355,0	1.456.359,7
3. Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen	242.279,9	32.208,0	0,0	0,0	25.697,7	0,0	248.790,2
4. Sonstige Ausleihungen	904.182,2	88.507,4	53.000,0	0,0	14.840,9	0,0	1.030.848,7
a) Namensschuldverschreibungen	448.391,6	76.233,7	53.000,0	0,0	13.891,6	0,0	563.733,7
b) Schuldscheindarlehen	455.410,6	12.273,7	0,0	0,0	949,4	0,0	466.734,9
c) Übrige Ausleihungen	380,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	380,0
5. Einlagen bei Kreditinstituten	84.625,0	0,0	-53.000,0	0,0	0,0	0,0	31.625,0
6. Andere Kapitalanlagen	5.130,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	5.130,0
<b>Insgesamt</b>	<b>5.836.051,7</b>	<b>714.995,4</b>	<b>0,0</b>	<b>937,9</b>	<b>298.724,3</b>	<b>4.869,1</b>	<b>6.248.391,7</b>

Die Zeitwerte für die Kapitalanlagen betragen zum Bewertungsstichtag für Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten 326.909 T€ und für alle anderen Kapitalanlagen 7.081.504 T€.

Die Kasse hält Anteile an inländischen Investmentvermögen mit einem Zeitwert von 3.648.836 T€, einem Buchwert von 3.149.363 T€ und Bewertungsreserven von 499.473 T€. Die Bewertungsreserven betreffen mit 500.785 T€ positive und mit 1.312 T€ negative Bewertungsreserven. Im Berichtsjahr sind Ausschüttungen in Höhe von 179.076 T€ vereinnahmt worden.

### Aufgliederung der Kapitalanlagen



## Angaben gemäß § 285 Nr. 26 HGB

Name des Investmentvermögens	Herkunftsstaat	Buchwerte	Zeitwerte	Bewertungsreserven	Ausschüttungen
		31.12.2014	31.12.2014	31.12.2014	2014
			T€	T€	T€
<b>Gemischte Fonds</b>					
MI-FONDS G11	Deutschland	1.585.164	1.955.683	370.520	110.926
MI-FONDS G12	Deutschland	1.342.226	1.465.884	123.658	60.634
MI-FONDS G13	Deutschland	64.169	69.978	5.809	2.474
<b>Immobilienfonds</b>					
DEFO-Immobilienfonds 1	Deutschland	135.604	134.293	-1.312	5.042
Deutschland Fonds	Deutschland	22.200	22.998	798	0

Die genannten Anteile an den MI-FONDS sowie am Deutschland Fonds unterliegen hinsichtlich der Möglichkeit ihrer täglichen Rückgabe grundsätzlich keinen vertraglichen Beschränkungen. Die Rückgabe von Anteile am DEFO-Immobilienfonds 1 im Gegenwert von mehr als 5 Mio. € ist nur mit mindestens sechsmonatiger Ankündigungsfrist möglich, wobei mehrere Rückgaben innerhalb eines Zeitraums von 24 Monaten grundsätzlich zusammengerechnet werden. Sofern die Ankündigungsfrist in diesen Fällen weniger als 24 Monate beträgt, werden zudem Rücknahmeabschläge zwischen 3 % und 9 % vorgenommen.

**Bewertungsreserven**

Die Bewertung aller Kapitalanlagen mit dem Börsen-/Marktpreis oder mit dem Zeitwert am Bilanzstichtag ergibt als Differenz zum Buchwert am Bilanzstichtag Bewertungsreserven in Höhe von 1.160.021 T€ (VJ: 690.133 T€). Auf der Grundlage der jeweiligen Bilanzierungsmethode enthalten einzelne Kapitalanlagen (festverzinsliche Wertpapiere, ein Immobilienfonds sowie eine stille Beteiligung) negative Bewertungsreserven in Höhe von insgesamt 4.968 T€. Hinsichtlich der Wertpapiere bestehen diese bei Positionen hoher Bonität, die bis zur Fälligkeit gehalten werden. Der Kurs des Immobilienfonds lag nur kurzzeitig und in relativ geringem Ausmaß unter dem Buchwert. Bei der stillen Beteiligung ist der nominelle Rückzahlungsanspruch derzeit nicht gemindert. Da die negativen Bewertungsreserven insofern voraussichtlich nicht dauerhaft sind, werden diese Anlagen nicht auf den niedrigeren Wert abgeschrieben.

## Angaben zum Zeitwert der Kapitalanlagen gemäß § 54 RechVersV

Aktivposten Position B I. bis B III.	Buchwerte	Zeitwerte	Bewertungsreserven	davon positiv	davon negativ
	31.12.2014	31.12.2014	31.12.2014	31.12.2014	31.12.2014
	T€	T€	T€	T€	T€
<b>C I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich Bauten auf fremden Grundstücken</b>	<b>254.028,5</b>	<b>326.908,6</b>	<b>72.880,2</b>	<b>72.880,2</b>	<b>0,0</b>
<b>II. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen</b>	<b>38.616,2</b>	<b>45.605,1</b>	<b>6.988,9</b>	<b>6.988,9</b>	<b>0,0</b>
<b>III. Sonstige Kapitalanlagen</b>	<b>5.955.747,0</b>	<b>7.035.898,5</b>	<b>1.080.151,5</b>	<b>1.085.119,8</b>	<b>-4.968,3</b>
1. Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	3.182.993,4	3.692.073,8	509.080,4	510.391,9	-1.311,5
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	1.456.359,7	1.738.124,9	281.765,1	284.184,5	-2.419,3
3. Hypotheken-, Grundschul- und Rentenschuldforderungen	248.790,2	290.621,5	41.831,4	41.831,4	0,0
4. Sonstige Ausleihungen	1.030.848,7	1.278.596,7	247.748,0	247.748,0	0,0
<i>a) Namensschuldverschreibungen</i>	<i>563.733,7</i>	<i>715.560,4</i>	<i>151.826,7</i>	<i>151.826,7</i>	<i>0,0</i>
<i>b) Schuldscheindarlehen</i>	<i>466.734,9</i>	<i>562.654,4</i>	<i>95.919,4</i>	<i>95.919,4</i>	<i>0,0</i>
<i>c) Übrige Ausleihungen</i>	<i>380,0</i>	<i>381,9</i>	<i>1,9</i>	<i>1,9</i>	<i>0,0</i>
5. Einlagen bei Kreditinstituten	31.625,0	32.589,1	964,1	964,1	0,0
6. Andere Kapitalanlagen	5.130,0	3.892,5	-1.237,5	0,0	-1.237,5
<b>Insgesamt</b>	<b>6.248.391,7</b>	<b>7.408.412,3</b>	<b>1.160.020,6</b>	<b>1.164.988,9</b>	<b>-4.968,3</b>

Die Zeitwerte werden analog §§ 55 und 56 RechVersV ermittelt. Die Ermittlung beruht auf den Börsen- oder Marktpreisen zum Bilanzstichtag. Für Investmentanteile werden die Rücknahmepreise verwendet. Sofern keine Börsen- oder Marktpreise vorhanden sind, werden die Zeitwerte für festverzinsliche Anlagen auf der Grundlage laufzeitadäquater Swapkurven, die auf von den Depotbanken gelieferten Informationen beruhen, berechnet. Dabei wurden emittenten- und wertpapierspezifische Risiko- und Illiquiditätsaufschläge zusätzlich in der Zinsstrukturkurve berücksichtigt. Bei Hypothekendarlehen werden die Risiken pro Kreditnehmer über einen pauschalen Zuschlag berücksichtigt. Die Zeitwerte der Immobilien entsprechen ihren Ertragswerten und ergeben sich aus aktuellen Gutachten von internen Sachverständigen, die nach der Verordnung über Grundsätze für die Ermittlung der Verkehrswerte von Grundstücken ermittelt wurden. Der Zeitwert der Beteiligung wird als Net Asset Value ermittelt. Genossenschaftsanteile wurden in Anlehnung an das zuvor beschriebene Bewertungsverfahren für festverzinsliche Anlagen, bei denen keine Börsen- oder Marktpreise vorhanden waren, bewertet.

Auf Beschluss von Verwaltungsrat und Vorstand beteiligt die Kasse gemäß § 153 des Versicherungsvertragsgesetzes (VVG) die Versicherten der Freiwilligen Versicherung an den Bewertungsreserven (Überschussbeteiligung), falls eine solche Beteiligung aus wirtschaftlichen Aspekten und aus Sicht des Verantwortlichen Aktuars möglich ist. Eine Beteiligung an den Bewertungsreserven erfolgt – vorbehaltlich der aufsichtsrechtli-

#### Beteiligungen an den Bewertungsreserven

chen Regelungen zur Kapitalausstattung – bei Abfindung, Übertragung von Anwartschaften oder bei Rentenbeginn auf Basis der Bilanzdaten des Vorjahres. Grundlage für die Ermittlung der Beteiligung ist ein sogenanntes verursachungsorientiertes Verfahren auf Basis von § 153 Abs. 3 VVG. Dabei werden die saldierten Bewertungsreserven zum Stichtag 31. Dezember des Geschäftsjahres für die Ermittlung des Bewertungsreserven-Anteils herangezogen. Im Rahmen des Verfahrens erfolgt eine allgemeine Zuordnung auf anspruchsberechtigte Verträge, eine individuelle Zuordnung innerhalb der anspruchsberechtigten Verträge und eine Überprüfung der für die Verteilung erforderlichen Kapitalausstattung. Bei Überprüfung der Kapitalausstattung ist zu beachten, dass trotz Auszahlung der Gesamtsumme der Zuteilungen an die für das Jahr prognostizierten zuteilungsberechtigten Versicherten die Bedeckung der Solvabilitätsspanne mit Eigenmitteln gewährleistet bleibt. Für den Fall, dass eine solche Bedeckung nicht mehr gegeben sein sollte, wären die zuteilungsfähigen Bewertungsreserven entsprechend zu kürzen. Des Weiteren ist mittels des jeweils aktuell geltenden BaFin-Stresstests das Bestehen sämtlicher Stresstests auch bei Berücksichtigung der Zuteilungen an die für das Jahr prognostizierten zuteilungsberechtigten Versicherten sicherzustellen (§ 153 Abs. 3 Satz 3 VVG). Bei einem negativen Ergebnis ist die Beteiligung an den Bewertungsreserven entsprechend zu vermindern. Die Beteiligung an den Bewertungsreserven erfolgt mittels Entnahme aus der Rückstellung für Leistungsverbesserungen oder durch Direktgutschrift. Obwohl die Bewertungsreserven des Verbandes F zum Bilanzstichtag am 31. Dezember 2014 zwar einen Saldo in Höhe von 26.290 T€ aufweisen und im Berichtsjahr zumindest für den neuen Tarif 2012 die Rückstellung für Leistungsverbesserungen um weitere 42 T€ aufgestockt wurde, entfällt eine Beteiligung für dieses Geschäftsjahr, da eine den Solvabilitätsvorschriften entsprechende Eigenmittelbedeckung nicht besteht. Der Verantwortliche Aktuar kommt in seinem Bericht vom 17. März 2015 zu der Einschätzung, dass eine Beteiligung an den Überschüssen (Gewährung von Bonuspunkten) wie auch an den Bewertungsreserven aufgrund der vorrangig zu erfüllenden aufsichtsrechtlichen Anforderungen (Stresstest, Solvabilität) nicht in Betracht kommt.

### **C. III. 1. Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentanteile und andere nicht festver- zinsliche Wertpapiere**

Der ausgewiesene Bilanzwert betrifft mit 3.149.363 T€ Anteile an Investmentfonds, mit 28.640 T€ Anteile an Private Equity-Gesellschaften, mit 4.985 T€ börsennotierte Genussscheine sowie mit 6 T€ Aktien an einer britischen Public Limited Company (PLC).

Die Aktien stammen aus der im Jahr 2014 erfolgten Auflösung der PALLMALL Technology Ventures Limited Partnership, an der die Kasse beteiligt war. Im Zuge dieser Auflösung hat die Kasse insgesamt 279.362 Anteile an der britischen PLC erhalten, von denen 271.736 Stück im Berichtsjahr veräußert wurden und sich die übrigen 7.626 Stück zum Bilanzstichtag noch im Bestand der Kasse befanden.

Es werden insbesondere vorausgezahlte Versicherungsleistungen in Höhe von 19.648 T€ (VJ: 19.092 T€) ausgewiesen.

### F. III. Andere Vermögensgegenstände

#### I. Abgegrenzte Zinsen und Mieten

Die Bilanzposition beinhaltet zum Bilanzstichtag abgegrenzte Forderungen u. a. aus Wertpapieren, Schuldscheinen, Namensschuldverschreibungen, Genussscheinen und sonstigen Zinsforderungen mit einem Gesamtvolumen von 55.863 T€ (VJ: 56.331 T€).

### G. Rechnungsabgrenzungsposten

#### II. Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten

Es wurden insbesondere Agios (abzgl. kumulierter Amortisierung) in Höhe von 14.715 T€ (VJ: 9.331 T€) auf über Nennwert erworbene Namensschuldverschreibungen abgegrenzt.

Der nicht durch Eigenkapital gedeckte Fehlbetrag hat sich im Berichtsjahr wie folgt entwickelt:

### K. Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag

Nicht durch EK gedeckter Fehlbetrag zum 31.12.2013	1.265.850 T€
Verrechnung von Jahresüberschüssen 2014	114.224 T€
<b>Nicht durch EK gedeckter Fehlbetrag zum 31.12.2014</b>	<b>1.151.626 T€</b>

## Passivseite

#### III. Verlustrücklage

Auf Vorschlag des Verantwortlichen Aktuars ist im Hinblick auf eine Erhöhung der Eigenmittel für den Abrechnungsverband F gemäß § 57 der Satzung eine Verlustrücklage in Höhe von 3.682 T€ (VJ: 3.029 T€) gebildet worden.

### A. Eigenkapital

#### II. Deckungsrückstellung

Im versicherungsmathematischen Gutachten vom 17. März 2015 hat der Verantwortliche Aktuar zum Stichtag 31. Dezember 2014 die Deckungsrückstellungen ermittelt. Die Berechnungsgrundsätze und die zu verwendenden Rechnungsgrundlagen sind gegenüber dem Vorjahr unverändert geblieben.

### E. Versicherungstechnische Rückstellungen

Grundlage für die Berechnung der Deckungsrückstellungen sind die Satzung der Kasse, die Allgemeinen Versicherungsbedingungen (AVB) für die Freiwillige Versicherung sowie die Technischen Geschäftspläne für die Pflichtversicherung und die Freiwillige Versicherung. Dabei wurde der versicherungsmathematische Barwert der am Bilanzstichtag dem Grunde und der Höhe nach bestehenden Anwartschaften und Ansprüche unter Verwendung der Richttafeln 2005 G von Klaus Heubeck bestimmt. Diese werden noch mittels einer Generationenverschiebung

von 10 Jahren für die Pflichtversicherung bzw. 15 Jahren für die Freiwillige Versicherung an die beobachteten kassenindividuellen Verhältnisse angepasst. Daneben wird eine auf 65 % reduzierte Invalidisierungswahrscheinlichkeit zugrunde gelegt.

Die Durchführung der Bewertung erfolgt mit einem einheitlichen Rechnungszins von 4,25 %. Lediglich für den neueingeführten Tarif 2012 der Freiwilligen Versicherung wird ein Rechnungszins von 2,75 % verwendet. Die Erhöhung der Renten zum 1. Juli eines jeden Jahres um 1,0 % wird durch einen modifizierten Rechnungszins ab Eintritt des Versorgungsfalls berücksichtigt. Im Abrechnungsverband P wird der Übergang auf einen Bewertungsansatz unter Berücksichtigung der 1,0 %-igen Rentendynamik durch sukzessive Stärkungen der Deckungsrückstellung bis zum Jahr 2018 vollzogen, d. h. der auf die Rentendynamik entfallende zusätzliche Verpflichtungsanteil wird der Deckungsrückstellung im Abrechnungsverband P nicht unmittelbar, sondern über einen Zeitraum von 10 Jahren verteilt, zugeführt.

Die Deckungsrückstellungen zum Stichtag 31. Dezember haben folgende Volumina:

Deckungsrückstellungen	2014	2013	Veränderung	
	T€	T€	T€	%
Verband S (Altvermögen)	4.357.522	4.403.252	-45.730	-1,0
Verband P (Pflichtversicherung)	3.191.901	2.830.871	361.030	12,8
Verband F (Freiwillige Versicherung)	155.477	137.971	17.506	12,7
<b>Gesamt</b>	<b>7.704.900</b>	<b>7.372.094</b>	<b>332.806</b>	<b>4,5</b>

#### IV. Sonstige versicherungstechnische Rückstellungen

Der Verantwortliche Aktuar hat aufgrund der nicht durch Eigenkapital gedeckten Fehlbeträge in der Pflichtversicherung und aufgrund der noch nicht ausreichenden Verlustrücklage in der Freiwilligen Versicherung (Tarif 2002) keine Dotierung der Rückstellungen für Leistungsverbesserungen vorgeschlagen. Für den neuen Tarif 2012 der Freiwilligen Versicherung wurden gemäß Vorschlag des Verantwortlichen Aktuars 42 T€ der Rückstellung für Leistungsverbesserung zugeführt, die nunmehr 45 T€ beträgt.

Zudem wird in diesem Posten eine Rückstellung für noch ausstehende Rentenleistungen in Höhe von 1.221 T€ ausgewiesen.

Insgesamt wurden Rückstellungen in Höhe von 13.069 T€ (VJ: 15.156 T€) gebildet. Im Wesentlichen lagen den Rückstellungen folgende Sachverhalte zugrunde:

	2014	2013
Bauinstandhaltung	6.792 T€	9.889 T€
Pensionen	1.733 T€	1.587 T€
Altersteilzeit	1.599 T€	1.570 T€
Gewährleistung (Immobilien)	800 T€	800 T€
Prozessrisiken	668 T€	404 T€
Nicht genommener Urlaub	348 T€	258 T€

Darüber hinaus wurden weitere Rückstellungen gebildet, deren Wert jeweils unter 250 T€ lag.

#### I. Verbindlichkeiten aus dem Versicherungsgeschäft

Die Verbindlichkeiten in Höhe von 1.391 T€ (VJ: 2.194 T€) resultieren im Wesentlichen aus noch abzurechnenden Überleitungen und Beiträgen.

#### IV. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

Bei den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten handelt es sich um zinsgünstige Darlehn für öffentlich geförderte Wohnungen.

Darlehn zum 31.12.2013	8.439 T€
Rückzahlungen	125 T€
<b>Darlehn zum 31.12.2014</b>	<b>8.314 T€</b>

### C. Andere Rückstellungen

### I. Andere Verbindlichkeiten

## Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

### 1. Beiträge und sonstige satzungsmäßige Erträge

Insgesamt wurden Beiträge und sonstige satzungsgemäße Erträge in Höhe von 395.408 T€ (VJ: 371.484 T€) vereinnahmt. Die Einnahmen gliedern sich wie folgt:

	2014 in T€	2013 in T€
a) Umlagen Abrechnungsverband S	18	-4
Beiträge Abrechnungsverband P	269.898	258.061
b) Erträge aus Beitragsüberleitungen (aus Einzelversicherungsverhältnissen)	26.281	20.563
c) andere satzungsmäßige Erträge:		
Sanierungsgeld	80.857	79.639
Ausgleichsbeträge bzgl. des Überleitungsstatutes bzw. -abkommens	130	132
Zinsen aus nicht rechtzeitig entrichteten Umlagen (Nachversicherungen)	34	26
Ausgleichsbeträge zur Beendigung der Mitgliedschaft	5.451	45
Abwendungen von Rentenkürzungen wegen Versorgungsausgleichs	6	0
Zinsen für Beitragsverzug	10	9
Sonstige Erträge	1	1
d) Beiträge aus Abrechnungsverband F	12.722	13.012
<b>Gesamt</b>	<b>395.408</b>	<b>371.484</b>

## 6. Aufwendungen für Versicherungsfälle

Die Aufwendungen für Versicherungsfälle beliefen sich auf insgesamt 264.416 T€ (VJ: 256.548 T€) und setzen sich wie folgt zusammen:

	2014 in T€	2013 in T€
a) Alters- und Erwerbsminderungsrenten		
im Abrechnungsverband S	195.432	193.767
im Abrechnungsverband P	23.413	19.368
im Abrechnungsverband F	750	554
b) Hinterbliebenenrenten	14.908	14.354
c) Abfindungen	112	108
d) Versorgungsausgleich	275	264
e) Beitragsüberleitungen	26.408	25.356
f) Andere satzungsmäßige Aufwendungen	115	74
g) Regulierungsaufwendungen	3.003	2.703
<b>Gesamt</b>	<b>264.416</b>	<b>256.548</b>

## 10. Aufwendungen für Kapitalanlagen

Die Aufwendungen für Kapitalanlagen enthalten außerplanmäßige Abschreibungen auf Kapitalanlagen in Höhe von 407 T€ (VJ: 6.920 T€).

## Organe

## Verwaltungsrat

Amtsdauer vom 1. Januar 2010 bis 31. Dezember 2014

Mitglieder	Stellvertretung
<b>Berufen von der Evangelischen Kirche im Rheinland:</b>	
Bernd Baucks Oberkirchenrat Düsseldorf	Dr. Götz Klostermann Landeskirchenrat Düsseldorf
<b>Berufen von der Evangelischen Kirche von Westfalen:</b>	
<b>Vorsitzender</b> Dr. Arne Kupke Oberkirchenrat Bielefeld	Henning Juhl Landeskirchenrat Bielefeld
<b>Berufen vom Diakonischen Werk der Ev. Kirche im Rheinland:</b>	
Gabriele Fischmann-Schulz* Leiterin der Stabsstelle Arbeitsrecht/Justitiariat Düsseldorf	Kirsten Schwenke Referentin der Stabsstelle Arbeitsrecht/Justitiariat Düsseldorf
<b>Berufen vom Diakonischen Werk der Ev. Kirche von Westfalen:</b>	
Pastor Günther Barenhoff Vorstand Münster bis 30. Juni 2014	Thomas Oelkers Vorstand Bielefeld bis 13. August 2014
Pastor Dr. Ingo Habenicht Vorstand Bielefeld ab 30. Juni 2014	Udo Zippel Vorstand Lemgo ab 13. August 2014

Fortsetzung Tabelle nächste Seite

**Berufen von den der Rheinisch-Westfälisch-Lippischen Arbeitsrechtlichen Kommission angehörenden Mitarbeitervereinigungen:**  
Davon vom Verband kirchlicher Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter Rheinland-Westfalen-Lippe (VKM-RWL)

Detlef Becker* Krankenpfleger Dortmund	Günter Wulf Landeskirchen- Verwaltungsdirektor Bielefeld
<b>1. stellv. Vorsitzender</b> Hans-Georg Klohn* Verwaltungsleiter i. R. Iserlohn	Rainer Peitz* Technischer Leiter Oberhausen/Kirn

Mitglieder	Stellvertretung
Michael Posthaus Kirchenverwaltungs- Oberamtsrat Köln	Jürgen Fröhlich Kirchenverwaltungs- Oberamtsrat Mettmann
Davon vom Marburger Bund	
<b>2. stellv. Vorsitzender</b> Rechtsanwalt Rolf Lübke Geschäftsführer Köln	Rechtsanwalt Dieter Paul Neumann Köln

Mitglieder	
Dr. Wolfram Gerdes Dortmund	Finanzen und Kapitalanlagen
Hans-Rudolf von Campenhausen Dortmund	Leistung und Verwaltung

**Vorstand**

(\* versichert bei der KZVK)

## Sitzungen der Organe

Im Jahr 2014 fanden vier Verwaltungsratssitzungen, vier gemeinsame Sitzungen mit dem Verwaltungsrat der Gemeinsamen Versorgungskasse für Pfarrer und Kirchenbeamte und vierzehn Vorstandssitzungen statt.

## Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Zu dem Jahresabschluss und dem Lagebericht haben wir folgenden Bestätigungsvermerk erteilt:

»An die Kirchliche Zusatzversorgungskasse Rheinland-Westfalen, Dortmund:

Wir haben den Jahresabschluss - bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang - unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Kirchliche Zusatzversorgungskasse Rheinland-Westfalen, Dortmund, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2014 bis 31. Dezember 2014 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften sowie den ergänzenden Bestimmungen der Satzung liegen in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter der Kasse. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der anzuwendenden Rechnungslegungsvorschriften und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Kasse sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften sowie den ergänzenden Bestimmungen der Satzung und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Kasse. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Kasse und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.«

Köln, 12. Mai 2015

Ernst & Young GmbH  
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

**Vogt**  
**Wirtschaftsprüfer**

**Dr. Horstkötter**  
**Wirtschaftsprüfer**



